

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 53.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4428.

Düsseldorf, 31. Dezember 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf

15. Jahrg.

Bekanntmachung.

An unsere Ortsgruppenvorstände, Vertrauensleute und Mitglieder!

Der Verbandsbeitrag für die Woche vom 28. Dezember 1913 bis inkl. 3. Januar 1914 muß als 53. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 quittiert und verbucht werden. In den Mitglieder-Quittungsbüchern ist zu diesem Zwecke pro 1913 ein besonderes Feld mit dem Ausdruck: 53. Woche vorgesehen. In dieses Feld muß die Marke eingeklebt werden. Die Ortsstapierer müssen dementsprechend diesen Wochenbeitrag noch für das Jahr 1913 verrechnen.

Um einem Mißverständnis vorzubeugen, sei ausdrücklich erklärt, daß es sich nicht etwa um einen Extrabeitrag handelt, sondern lediglich um die rein formale und geschäftliche Tatsache, daß der betr. Wochenbeitrag auf das Jahr 1913 — und nicht auf das Jahr 1914 — zu buchen ist.

Mit den besten Neujahrsglückwünschen

Der Zentralvorstand.

J. B.: G. M. Schiffer.

Ein Rückblick.

Das Jahr 1913 geht zur Reize. In seinem Schluß geizt es sich in altgewohnter Weise, einen kurzen Rückblick auf die wichtigsten, den Verband berührende Ereignisse zu werfen. Diesmal lohnt sich's ganz besonders, es zu tun, war doch das verfloßene Jahr für uns ein recht bewegtes; ein Kampfjahr, wie es die Organisation noch nicht erlebt hat. Den ersten Sturm brachte uns

die Färbereibewegung in Krefeld,

deren Verlauf noch in unser aller Erinnerung ist. Wir gingen mit dem sozialdemokratischen Verband, solange das mit vernünftigen gewerkschaftlichen Grundsätzen vereinbar war. Später trennten sich unsere Wege. Wir hielten nach den erreichten Zugeständnissen und angesichts der geringen Aussichten auf weitere nennenswerte Erfolge die Aufnahme der umfangreichen Aussperrung für unverantwortlich. Das sagten wir der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes auch klar und deutlich. Trotzdem nahm diese den Kampf auf. Daß ihre Taktik nicht von sachlichen Gründen diktiert war, ist heute noch unsere feste Überzeugung. Es war Pflicht der sozialdemokratischen Verbandsleitung, unser Veto zu berücksichtigen. Das zu verlangen, hatten wir ein Recht. Waren wir an der Färbereibewegung selbst auch nur schwach beteiligt, so traf uns andererseits die Aussperrung weit schwerer wie den sozialdemokratischen Verband. Wenn dieser trotzdem, ohne ausreichende Begründung, über unsern Standpunkt einfach zur Tagesordnung überging, so bedeutete das eine brutale Rücksichtslosigkeit. Das befestigte unsere Ansicht, daß nicht die restierenden Forderungen das treibende Motiv für das Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes bildeten. Seine Leitung beugte sich dem Radikalismus der Färber, weil sie bei einem eventl. Abbruch des Kampfes wohl eine Rebellion befürchtete. Dann aber sollte durch die Aussperrung auch unser Verband getroffen werden. Darum die Nachsicht mit der im Wuppertal verübten Streikarbeit. Wäre es der sozialdemokratischen Verbandsleitung wirklich um den sachlichen Erfolg zu tun gewesen, dann hätte sie hier von vornherein entschiedener vorgehen müssen.

So lagen die Dinge. Und das zwang uns schließlich zu dem weiteren Schritt, zum

Abbruch des Kampfes.

Die näheren Umstände, unter denen der Abbruch erfolgte, sind bekannt. Ebenso bekannt sind der nun einsetzende Terror und die sich anschließende wüste Heze gegen unsern Verband. Der Terror erst machte es uns zur Pflicht, die Position unserer Kollegen in den Färbereien zu stärken und auswärtige Arbeiter zuzuziehen. Das war ein Akt der Notwehr. Von Streikbruch konnte keine Rede sein, weil für uns ein Streik nicht mehr existierte. All die wüsten Beschimpfungen unserer Organisation und deren Leitung vermochten weder diese noch die Mitglieder irre zu machen. Die letzteren standen, von Ausnahmen abgesehen, fest und treu wie eine Mauer. So haben wir Terror und Heze überwunden. Rückschauend sagen wir heute noch: Wir haben uns nichts vorzuwerfen. Wir hätten waschlappig gehandelt, wenn wir uns den unsachlichen Motiven der sozialdemokratischen Verbandsleitung gebeugt und aus Furcht vor den Konsequenzen nicht den Mut gehabt hätten, zu handeln. Wir mußten so handeln. Aber unser Leitmotiv war nicht Haß gegen den sozialdemokratischen Verband, nicht die Absicht, ihm zu schaden — hatte doch kurz vorher eine Beamtenkonferenz sich fast einmütig für ein besseres Verhältnis zu genanntem Verband und für eine Verständigung bei Lohnbewegungen ausgesprochen — nein, zu unserm Vorgehen waren wir provoziert worden, es war auch lediglich diktiert von den Interessen unseres Verbandes und den wohlverstandenen Interessen der Gesamtarbeiterchaft. Das Ende der Bewegung hat uns recht gegeben. Was wir vorausprophetisiert, ist fast buchstäblich eingetroffen. Wenn die sozialdemokratische Verbandsleitung heute die verheerenden Folgen ihrer unbesonnenen Gewaltpolitik betrachtet, dürfte ihr ein zweitesmal nach einer derartigen Wuchtprobe nicht gelüsten. So bedauerlich der Kampf auch war, nach der letzterwähnten Seite hin wird er hoffentlich auch gute Folgen zeitigen.

Nach der Färbereibewegung war es vor allem

der Kampf in der Bocholter Textilindustrie,

der unser Interesse in Anspruch nahm. Dort erstrebte die Arbeiterchaft eine Aufbesserung ihrer wahrlich nicht beneidenswerten wirtschaftlichen Lage. Die Bewegung wurde von uns durchaus ruhig und objektiv geführt. Wir hofften wirklich ohne Kampf zum Ziel zu kommen. Leider sahen wir uns getäuscht. Nachdem sich die Verhandlungen wochenlang dahinschleppt, waren wir gezwungen, in einem Betrieb zu kündigen. Prompt folgte die Aussperrung. Der von dritter Seite unternommene Vermittlungsversuch vermochte letztere nicht mehr zu verhindern. Einmal kam der Vermittlungsversuch u. G. reichlich spät, und dann war auch die Form, in der die Verhandlungen geführt wurden, keine besonders glückliche. Die Vermittlungsvorschläge gingen der Arbeiterchaft, vor allem in der Lohnfrage, nicht weit genug. So kam's zum Kampf, der von der Arbeiterchaft musterhaft geführt wurde und ihr nach fünfwöchiger Dauer zu einem für sie immerhin ehrenhaften Frieden verhalf. Heute sind die von den Arbeitern gestellten Nebenforderungen durchgeführten Verhandlungen gemachten Zugeständnisse in der Lohnfrage sind zwar nicht befriedigend, brachten aber doch immerhin einen annehmbaren Erfolg.

Es verlohnt sich, bei der Gelegenheit auch einiges über das

Verhalten der Bocholter Arbeitgeber

zu sagen. Wir müssen offen gestehen, daß uns dieses enttäuscht hat. Gerade von ihnen hätten wir etwas mehr Gerechtigkeitsgefühl und soziale Gesinnung erwartet. Die Arbeiterchaft kam doch wirklich weit genug entgegen. Hätten die Arbeitgeber nur annähernd dasselbe getan, dann wäre der

Kampf vermieden worden. Die Forderungen der Arbeiter waren doch wahrhaftig nicht übertrieben. Sie waren vor allem in der späteren ermäßigten Form sicher auch erfüllbar. Trotzdem ließ man's zum Kampf kommen und brach selbst den Verkehr mit der Leitung unseres Verbandes ab.

Dieses Verhalten bewies uns erneut, daß im Wirtschaftsleben leider nicht die Grundsätze der Gerechtigkeit und der christlichen Liebe, sondern die realen Machtverhältnisse entscheidend sind. Das zeigt sich besonders scharf in Westfalen. Hier wird grundsätzlich mit keiner Organisation verhandelt, grundsätzlich machte bisher der Verband der münsterländischen Textilunternehmer organisierten Arbeitern keine Zugeständnisse. In kurzfristiger Verbildung beruft man sich dabei auf ein verkehrtes Autoritätsprinzip, auf einen durch nichts gerechtfertigten „Herr-im-Hause“ Standpunkt, den die Unternehmer doch der eigenen Arbeitgeberorganisation gegenüber längst preisgegeben haben. Wie verbitternd ein derartiger Standpunkt auf die Arbeiter wirken muß, wie sehr man ihnen dadurch ihren Beruf vererbt, dafür scheint man in den Kreisen der Arbeitgeber kein Gefühl zu haben. Und doch zeigt gerade die starke Abwanderung, die gegenwärtig z. B. in Borchholz stattfindet, wie ein derartiges Unterbinden jeder freieren Regelung schließlich auch der Industrie verderblich wird. Für die Arbeiterchaft selbst sollte das Verhalten der Arbeitgeber erst recht ein Anreiz bilden, sich zu organisieren. Unsere Macht müssen wir stärken, dann wird uns auch unser Recht werden.

Eine traurige Rolle

spielten während und nach der Bewegung die Genossen. Ihre Mitwirkung in den Sitzungen diente lediglich der Vorbereitung einer von vornherein ausgemachten Heze gegen unsern Verband. Der „Textilarbeiter“ vermochte seine Schimpfgeleüste kaum zu zügeln. Schon während der Bewegung berichtete er allerhand verlogen Zeug, das er schließlich, dem Drängen seiner eigenen Leute gehorchend, richtigstellen mußte. Die Richtigstellung erfolgte offenbar nur, um den Ausschluß der Genossen von der Bewegung zu verhüten. Raum aber war der Kampf beendet, da durchbrach die bisher mühsam gebämmte Schimpfplut alle Schranken. Was der „Textilarbeiter“ nun tat, war eine Vergewaltigung der Arbeiterinteressen. Er war offensichtlich nach Kräften bemüht, die Unternehmer in ihrem Widerstand zu bestärken. Aus jeder Zeile las man den Wunsch heraus, die Unternehmer möchten doch ja nichts bewilligen, damit die Genossen recht viel Gelegenheit zum Hezen erhielten. Dabei verband der verantwortliche Redakteur des „Textilarbeiters“ seine Hezereien mit den gemeinsten persönlichen Intulaten, um sich — von uns gestellt — in der feigsten Weise zu drücken. Echt kräftig!

Sowohl die Färbereibewegung in Krefeld als auch der Kampf in der Textilindustrie Bocholts zeigen uns, welchen Wert

ein Reichs-Einigungsamt

auch für unsere Industrie haben könnte. Wir sind der bestimmten Überzeugung, wäre in den beiden Kämpfen von autoritativer Seite aus in geschickter Weise vermittelnd eingegriffen worden, dann hätten sie zweifellos vermieden werden können. Es liegt darum auch in unserem Interesse, den von der Gesellschaft für Soziale Reform und ihrem greifen Vorsitzenden, dem um die Sozialreform verdienten Freiherrn von Beslepsch, so eifrig propagierten Gedanken der Schaffung eines Reichseinigungsamtes kräftig zu unterstützen. Bedauerlich und befremdlich zugleich ist der Umstand, daß der Widerstand gegen diese Institution hauptsächlich aus den Arbeitgeberkreisen kommt, die sonst nicht genug des Zammers finden über die schädliche Wirkung der von den Gewerkschaftsführern „angezettelten“ Streiks.

Der Fall Nöhling

In den beiden vorerwähnten Kämpfen handelte es sich einerseits um die Abwehr sozialdemokratischer Machtgier, andererseits um die Wahrnehmung berechtigter Arbeiterinteressen gegenüber einem Widerstand leistenden Unternehmern...

Daß auch die Nöhling'sche Schandbrotschüre nebst der sich anschließenden roten Heze das Vertrauen der christlichen Textilarbeiterschaft zu unserer Sache nicht zu erschüttern vermochte, zeigen auch die Vertreterwahlen zu den Krankentafeln...

Wir haben nur die wichtigeren Orte, über die uns berichtet wurde, herausgegriffen und die Stimmen der christlich-nationalen Arbeiterschaft jenen der Sozialdemokratie gegenübergestellt...

Table with 5 columns: Ort, Ab-gegebene Stimmen, Christliche Liste, Sozialdem. Liste, Vertreter. Rows include Nachen, M. Glabbach, Mühlhausen, Krefeld, Neustadt, Barmen, Gebweiler, Greiz, Stillingen.

Wir haben nur die wichtigeren Orte, über die uns berichtet wurde, herausgegriffen und die Stimmen der christlich-nationalen Arbeiterschaft jenen der Sozialdemokratie gegenübergestellt...

Zum Schluß seien noch einige auch uns interessierende unerfreuliche und erfreuliche Momente gestreift...

unerfreuliche und erfreuliche Momente gestreift. Eine unerfreuliche Erscheinung ist die schwere Krise, die unser Gewerbe betroffen hat...

Gegenwärtig sind — abgesehen von der Konjunktur — für die Gesamtbewegung die Voraussetzungen für eine ruhige Weiterentwicklung gegeben...

zu. Die bestandenen Stürme haben höchstens dürre Meiser weggeeggt. Der Baum selbst steht fest und unerschütterlich da. Wir sind zäher und widerstandskräftiger geworden...

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung

Diese Frage ist fortgesetzt Gegenstand eingehender Erörterung. Die gegenwärtige wirtschaftliche Depression gibt vor allem der Arbeiterschaft Veranlassung, immer und immer wieder die dringende Notwendigkeit einer Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung zu betonen...

Jüngst kam die Frage der Arbeitslosenversicherung auch im Reichstag wiederum zur Sprache. Veranlassung dazu gab eine Interpellation der Sozialdemokratie. Die Beantwortung der Interpellation übernahm der Staatssekretär Dr. Delbrück...

Erfreulicher klingt eine Meldung aus Bayern. Dort hat die Regierung dem Landtag einen Nachtrag zum ordentlichen Etat zugehen lassen, in dem sie jährlich 75 000 M., insgesamt 150 000 M. verlangt...

Das Vorgehen Bayerns weist uns den Weg, den wir zu gehen haben. Wir müssen unsern Einfluß geltend machen, um zunächst die größeren Kommunen zur Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung zu bewegen...

Table with 2 columns: Art der Unterstüzungseinrichtung, Ausgaben. Rows include Berlin-Schöneberg, Köln, Erlangen, Freiburg i. B., Schwäb. Gemünd, Kaiserslautern, Mannheim, Mühlhausen, Straßburg, Stuttgart, Splingen.

Ohne eine wirkliche Versicherung zu haben, gewähren Unterstützung an Arbeitslose die Städte Mainz, München, Passau und Gupen.

Wie neuerdings gemeldet wird, beabsichtigt auch Frankfurt nunmehr dem guten Beispiel der vorerwähnten Gemeinden zu folgen. Ein bereits vorliegender Entwurf des Magistrats will zunächst von den bisher zur Verfügung stehenden 30 000 M. von 10 000 M. zur Unterstützung von Arbeitslosen jener Berufe verwenden...

Der Gedanke der Arbeitslosenversicherung ist also doch immerhin auf dem Vormarsch begriffen. An uns liegt es, ihn weiter zu fördern. Außer den Gemeinden müssen auch die Landtage mobil gemacht werden...

Die Schlußfolgerungen, die aus der gewonnenen Erfahrung gezogen werden, sind vorläufig begrenzt. Es ist nachgewiesen, daß obligatorische staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in den versicherungspflichtigen Industrien verwaltungstechnisch durchführbar ist...

Es hat sich ferner gezeigt, daß staatliche obligatorische Versicherung die freiwillige nicht zerstört. Die letztere hat infolge der Einführung der staatlichen Versicherung eher zu- als abgenommen.

Die Hauptfrage, in wie weit die Unterstützung Notstände, die infolge von Arbeitslosigkeit entstehen, verhüten kann, muß unentschieden bleiben, bis eine wirtschaftliche Depression eintritt.

Diese kommende Depression kann aber von einem gänzlich neuen Standpunkt aus betrachtet werden. Die zurückgestellten Reserven müssen sich in jeder Woche vermehren. Die Organisation zur Auszahlung der Unterstützung in schlechteren Zeiten ist vorhanden, und das Land ist nicht schlechter unvorbereitet für Notstände, wie es früher war.

Die Arbeitslosenversicherung auf nationaler Grundlage ist daher als möglich zu erachten. Es ist charakteristisch, daß dieser Teil des englischen Versicherungsgesetzes niemals so stark angegriffen worden ist, wie der erste auf Krankenversicherung bezügliche Teil...

Wüßen die englischen Verhältnisse auch in mancher Hinsicht mit den unsrigen nicht ohne weiteres vergleichbar sein, den Schluß lassen die in England bisher gemachten Erfahrungen doch zu, daß das Problem der Arbeitslosenversicherung auf nationaler Grundlage auch in Deutschland gelöst werden kann und — wollen wir beifügen — auch gelöst werden muß.

Pflichten und Rechte der Mietparteien.

(Schluß.)

Für den Fall, daß weder Hausbesitzer noch Mieter den Mangel der Wohnung verschuldet haben, bestimmt das Gesetz nur für zwei Fälle, daß der Hausbesitzer dem Mieter Schadenersatz leisten muß...

er schon vor Ablauf der zwei Wochen verstorben, so braucht der Hausbesitzer ihn nicht zu ersetzen.

Die Pflicht des Mieters ist zunächst, die Wohnung in ordnungsmäßiger Weise zu benutzen, wenn er sie überhaupt benutzt. Eine Pflicht zum Einziehen hat der Mieter nämlich nicht; er muß aber selbstverständlich den Mietpreis zahlen, auch wenn er nicht einzieht.

Der Mieter hat ferner die Pflicht, dem Hausbesitzer Anzeige zu machen, wenn sich an der Wohnung ein Mangel zeigt. Tut er das nicht, so macht er sich schadenersatzpflichtig. Ist also z. B. der Abortapparat nicht in Ordnung, so daß fortwährend Wasser fließt, so kann der Hausbesitzer von dem Mieter, der ihm nicht sofort Anzeige gemacht hat, Bezahlung des nutzlos verbrauchten Wassers verlangen.

Weiter hat der Mieter die Pflicht, die Wohnung rechtzeitig und in gutem Zustande nach Beendigung der Miete zurückzugeben. Rechtzeitig heißt: ohne erhebliche Ueberschreitung des letzten Tages der Mietzeit. Wie lange der Mieter das Ende des letzten Tages — 12 Uhr nachts — überschreiten darf, richtet sich nach Ortsgebrauch. In der Regel wird man von dem Mieter verlangen können, daß er vor dem Mittag des folgenden Tages die Wohnung räumt. Räumt er nicht rechtzeitig, so kann der Hausbesitzer Schadenersatz verlangen und zwar mindestens soviel, als der Mieter für die Wohnung Miete hätte zahlen müssen, wenn er die gleiche Zeit mit Einwilligung des Hausbesitzers wohnen geblieben wäre.

Die Hauptpflicht des Mieters ist endlich die Zahlung des Mietpreises. In den industriellen Bezirken wird heute in der Regel in den Mietverträgen vereinbart, daß der Mietpreis im Voraus (pränumerando) zu zahlen sei. Dann muß also der Mietpreis, je nachdem ob er wöchentlich, monatlich, vierteljährlich zu zahlen ist, am ersten Werktag der Woche, des Monats, des Vierteljahres usw. gezahlt werden.

Hat der Hausbesitzer eine Forderung an den Mieter, sei es eine Schadenersatz- oder eine Mietpreisforderung, so kann er dafür an den Möbeln des Mieters ein Pfandrecht ausüben. (Bei zweimaligem Rückstand des Mieters mit der Zahlung des Mietpreises hat er außerdem, wie schon früher dargelegt, ein sofortiges Kündigungsrecht.) Dieses Pfandrecht kann er nur mit den pfändbaren Möbeln ausüben. Nichtpfändbar sind aber die zum Leben des Mieters und dessen Angehörigen notwendigen Gegenstände. Das Pfandrecht kann er auch nur an den eigenen Möbeln des Mieters, nicht also etwa an den noch dem Abzahlungsgeschäft gehörigen, ausüben.

Der Hausbesitzer darf sein Pfandrecht erst ausüben, wenn der Mieter auszieht. So lange der Mieter im Hause wohnt, muß der Hausbesitzer ihm die Möbel lassen. Dafür hat er aber das Recht, dem Mieter das Fortschaffen der Möbel während der Mietzeit zu verbieten. Der Mieter darf während der Mietzeit nur Möbel aus seiner Wohnung oder dem gemieteten Laden wegchaffen, wenn es zu seinem Geschäft gehört — der Mieter ist z. B. Möbelhändler — oder wenn es den gewöhnlichen Lebensverhältnissen entspricht — der Mieter gibt z. B. ein Sofa zum Auspolstern aus dem Hause — oder wenn die zurückbleibenden Sachen des Mieters zur Sicherheit des Hausbesitzers offenbar ausreichen.

Der Hausbesitzer darf sein Pfandrecht selbst und mit Gewalt ausüben. Er braucht also nicht die Hilfe des Gerichtsvollziehers. Es genügt, daß er dem Mieter beim Auszuge erklärt, welche Möbel er als Pfand zurückhalten will. Wollte der Mieter ihn etwa darum hindern und seine Möbel mit Gewalt aus der Wohnung schaffen, so

könnte der Hausherr von seinem Notwehrrecht Gebrauch machen und auf den Mieter z. B. schießen oder schlagen.

Andrerseits aber muß der Hausbesitzer beim Auszuge des Mieters von dem Pfandrecht Gebrauch machen. Tut er das nicht, so erlischt sein Pfandrecht an den Möbeln und er kann dann den Mieter nur noch auf Zahlung verklagen. Nur wenn der Mieter gegen den Willen des Hausbesitzers die Möbel mitgenommen hat, oder wenn er bei Nacht und Nebel ausgerückt ist, verliert der Hausbesitzer sein Pfandrecht nicht. Er behält es dann noch einen Monat lang, darf sich dann allerdings die Sachen nicht mit Gewalt wiederholen, sondern muß die Hilfe des Gerichtes in Anspruch nehmen und die Möbel durch den Gerichtsvollzieher holen lassen.

Die gepfändeten Möbel darf nun der Hausbesitzer nicht etwa als Bezahlung behalten; er muß sie vielmehr durch einen zu öffentlichen Versteigerungen befugten Beamten — z. B. einen Gerichtsvollzieher — versteigern lassen. Von dem Erlöse der Versteigerung darf er sich bezahlt machen, den Ueberschuß muß er dem Mieter natürlich herausgeben.

Die zahlreichen hier nicht besprochenen Vorschriften über die Miete haben für den Arbeiter eine so außerordentlich geringe Bedeutung, daß sie füglich übergangen werden konnten.

Besser aber, so möchte ich als Jurist schließen, als die Kenntnis der Rechtsregeln über die Miete ist für beide Parteien der gute Wille und das Bestreben, friedlich miteinander auszukommen.

Neujahr 1914.

Vorwärts flutet der Strom der Zeit!
Flüchtig entgleiten die Wogen dem Blick.
Raum erschienen, wie weit schon, wie weit
liegen die lachenden Ufer zurück!
Möchten wir gerne zu traulicher Rast
hemmen des Schiffleins besüßeltem Lauf,
Von der mächtigen Strömung erfasst,
hält unser Wüchsen sein Fliehen nicht auf.

Schwebendes Jahr, du gleichst dem Strand,
Der sich in dämmernder Ferne verlor,
Aber im Osten taucht neues Land
Aus den leuchtenden Fluten empor.
Zwar noch liegt es nebelumhüllt:
Nacht es die Träume des Herzens uns wahr.
Hoffend betreten wir sein Gefild,
Sei uns gegrüßt, du neues Jahr!

Freundliche Bilder umgaukeln den Sinn,
Glöckchen, sie klingen so rein,
Flößen uns Ahnung von süßem Gewinn,
Hoffnung künftigen Glückes ein.
Reichgesegnetes Menschenherz,
Das, wie oft auch sein Hoffen trug,
Immer noch aus vergangenem Schmerz —
Neuen Glückes Verheißung sog!

Neues Jahr, du täuschst uns nicht!
Denn wir wissen, es birgt dein Schoß
Düstere Tage voll Licht;
Freude mit Leid ist der Sterblichen Loz.
Bleiben auch Stürme uns nimmer erspart,
Hoffnungsfreudig, in Glück wie in Not,
Dürfen wir rufen: „Fröhliche Fahrt!“
Senkt doch das Steuer der ewige Gott!

Allgemeine Rundschau.

Das Ende einer Verleumdung. Mit einer Verleumdung der christlichen Gewerkschaften hat das Kölner Schöffengericht in dreitägigen Verhandlungen — am 19., 20. und 22. Dezember — gründlich ausgeräumt.

Bald nach dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften, der bekanntlich zu der päpstlichen Enzyklika Singulari quadam Stellung nahm, erlitten zunächst in der evangelischen Zeitschrift die „Wartburg“ aus Leipzig ein Artikel, der gegen die christlichen Gewerkschaftsführer den Vorwurf der Heuchelei, des Doppelspiels und Betrugs erhob. Der Kongreß sei nämlich nichts anderes als eine geschickt gepielte Komödie gewesen, bei der „der Reichskanzler, die Minister der Krone Preußens und das ganze deutsche Volk gründlich hinter List geführt“ worden seien. Die christlichen Gewerkschaftsführer hätten in Essen zwar radikale Töne geredet, tags vorher jedoch in aller Heimlichkeit den deutschen Bischöfen die weitgehendsten Versprechungen und Garantien im Sinne der Enzyklika und der Berliner Forderungen gegeben. Trotz einer Verichtigung seitens der christlichen Gewerkschaften wiederholte die „Wartburg“ ihre Behauptungen.

Einige Monate später setzte die sozialdemokratische Presse mit ähnlichen Verdächtigungen ein. Ihre Artikel waren natürlich um mehrere Töne grober gestimmt, ihre Verleumdungen ebenso. Unter den Ueberschriften „Mit durchschnittenen Sehnen an der Kette Roms“, „Die verkauften christlichen Gewerkschaften“ wiederholte sie nicht nur Behauptungen der „Wartburg“, sie ging noch weiter und verstieg sich zu folgenden Ungeheuerlichkeiten: Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen hätten dem verstorbenen Kardinal Fischer 300 000 M. für den Peterspfennig ausgehändigt mit der Bedingung, daß er sich in Rom für die christ-

lichen Gewerkschaften benutze. Daraufhin hätten sich die christlichen Gewerkschaftsführer in geheimen Abmachungen für die Wahl der National Liberalen in Bochum und Duisburg in den Reichstag und gegen den Ruhrbergarbeiterstreik 1912 ausgesprochen.

In den dreitägigen Verhandlungen, in denen Kollege Stegerwald für den Vorstand des Gesamtverbandes als Kläger auftrat, blieb auch kein Punktchen von den Verleumdungen übrig. Es ist zeugeneidlich festgestellt, u. a. vom Bischof D. Schulte aus Paderborn, Generalsekretär Kreuzwald aus Köln, daß die christlichen Gewerkschaftsführer den deutschen Bischöfen keinerlei Versprechungen in dem angeführten Sinne gemacht haben, daß auch die übrigen Behauptungen vollständig aus den Fingern gezogen sind. Der beklagte Redakteur der „Wartburg“ gab während der Verhandlungen die Erklärung ab, daß er nach der Beweisaufnahme seine im guten Glauben gemachten Behauptungen nicht aufrecht erhalten könne. Er nehme sie unter dem Ausdruck des Bedauerns als vollständig unhaltbar zurück und verpflichtete sich, einen Teil der Prozeßkosten zu zahlen. Nach dieser Erklärung wurde die Klage gegen ihn zurückgezogen.

Die anderen Angeklagten, sämtlich sozialdemokratische Redakteure, wurden zu folgenden Strafen verurteilt. Redakteur Peterson (Hamburger Echo) 450 M.; Schädlich (Volkswacht Bielefeld) 500 M.; Prichte (Fränkische Volkstribüne Bayreuth) 500 M.; Dirreiter (Fränkischer Volksfreund Würzburg) 500 M.; Diendorf (Tabakarbeiterzeitung) 500 M.; Knös („Brauereiarbeiter“) 200 M.; Wagner („Bergarbeiterzeitung“) 200 M.; Kleevoet (Pfälzische Post Ludwigshafen) 300 M.; Steinbüchel (Arbeiterzeitung Essen) 250 M.; Sellmann (Rheinische Zeitung Köln) 50 M.

Außerdem haben die Verurteilten in mehreren Zeitungen das Urteil in fetter Schrift an hervorragender Stelle zu veröffentlichen.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß von den Behauptungen und Beleidigungen auch geradezu nichts hätte bewiesen werden können.

Wir werden in der nächsten Nummer auf diesen hochbedeutenden Prozeß zurückkommen.

Der Erzbischof von Köln für die christlichen Gewerkschaften. In Köln tagte am 18. Dezember die General-Versammlung der Präsidien der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln. Ueber 200 geistliche Leiter katholischer Arbeitervereine waren anwesend. Auch der Herr Erzbischof von Köln, Felix von Hartmann, erschien. Er hielt eine Ansprache, in der er die Präsidien zu unermüdlicher Arbeit aufforderte und ihnen namentlich die Förderung der christlichen Gewerkschaften ans Herz legte.

Er wies an der betr. Stelle seiner Ansprache auf die Enzyklika singulari quadam hin und sagte dann, daß diese zwar die Vereinigungen für wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes auf konfessioneller Grundlage prinzipiell bevorzuge, aber im Westen Deutschlands würde man die größte Verwirrung anrichten, wenn man gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften angehen wollte. Der Papst hätte den katholischen Arbeitern den Zutritt zu diesen Vereinigungen ausdrücklich gestattet, und, so fuhr der Erzbischof fort, „gegenüber der Tatsache, daß 800 000 katholische Arbeiter den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören, haben wir die Pflicht, unter unseren Verhältnissen die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen.“

Der Erzbischof sprach im Verlaufe seiner Rede auch den Wunsch aus, die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften möchten sich noch in weit größerer Zahl den konfessionellen Ständevereinen anschließen. Unsere Mitglieder werden es als eine Ehrenpflicht betrachten, dem Wunsche des Erzbischofs entgegenzukommen und allenthalben an der Stärkung der konfessionellen Arbeitervereine mit ganzer Kraft arbeiten.

Eine unerläßliche Voraussetzung. Wir lesen im „Deutschen Maler“:

„In den gehaltvollen Ausführungen des Kollegen Soos auf dem dritten Deutschen Arbeiterkongreß legen folgende Sätze geradezu ein Programm fest: Ein Volk vermag unendlich viel, wenn es einmal in all seinen Gliedern seines Wesens und seiner Eigenart als Nation bewußt geworden ist. Allein, seine Vollkraft wird es doch nur entfalten können, wenn Arbeitsamkeit, Erfindungs- und Unternehmungsgestalt des Einzelnen geschützt und getragen werden durch bürgerliche Freiheit und öffentliche Institutionen und Gesetze. So war's bei uns in Deutschland. Es gingen die Neugestaltung des Staates und die Befreiung des gemeinen Mannes von lästigem Druck überlebter Formen mit der Belebung des nationalen Verwußtseins Hand in Hand.“

Die Erinnerung an 1813 kann, insbesondere vom Arbeiterstandpunkt aus betrachtet, an keiner Stelle wirksamer einjagen. Freiheit und Beweglichkeit sind in der Tat die unerläßliche Voraussetzung für die Entfaltung aller Schätze, die ein Volk in seiner eigenartigen Gesamtheit in sich birgt. Die Zeiten, die unmittelbar vor 1813 liegen, mit ihrer starren Fesselung des einzelnen und der Gesamtheit, haben das in solchem Maße bewiesen, daß 1813 erst auf einer weitgreifenden Umwälzung der hergebrachten Verhältnisse erstehen konnte. Eine Lehre, die für das Volksleben aller Zeiten Geltung haben wird und nicht ungehört aus dem Auge gelassen werden kann!

Treffen die Sätze von Soos auf die Gesamtheit und den einzelnen zu, so nicht minder auch auf die Arbeiterbewegung. Auch das ist auf dem Deutschen Arbeiterkongreß mit scharfen Strichen hervorgehoben worden. Darauf beziehen sich insbesondere die Hinweise in dem

Referat Andreä, daß die deutsche Arbeiterbewegung in ihren Anfängen deshalb eine so ganz andere Entwicklung wie die englische genommen habe — eine Entwicklung, die den Arbeiterstand außerhalb des Volkslebens zu stellen strebte — weil die englischen Arbeiter schon früh Freiheit für ihr Tun hatten, die deutschen aber noch in der Mitte des Jahrhunderts gegen veraltete Fesselung durch Recht und Gesetz ankämpfen mußten. Keine Wirkung ohne Ursache!

Für den gegenwärtigen Moment entspreche einer solchen Betrachtung der Dinge manche Lehren. Die Angriffe auf die rechtliche Freiheit der Arbeiterbewegung sind direkte Attentate auf die Entwicklungsfähigkeit unseres nationalen Lebens. Man nehme doch die Stellungnahme des Deutschen Arbeiterkongresses nicht als Agitationsmaxime hin! Wer geschichtlich denken kann, muß das Verhängnisvolle einer solchen Ansicht mit Händen greifen können. Hier gilt der Hinweis des ersten Referenten: Nichts charakterisiert die Tatsache des unzertrennlichen Zusammenhangs militärisch-staatlichen Aufbaus des Preußenvolkes von 1813 mit innerpolitischer Neuorientierung mehr wie die Aufrufe und Lieber der damaligen Zeit. Als am 9. Februar dieses Jahres an der Berliner Universität eine der ersten Feiern zum Andenken an 1813 stattfand, ward als gemeinsamer Gesang das Lied gewählt: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“. Es war von der germanischen Urzeit her deutsches Stammesrecht gewesen, ein entscheidendes Wort mitzusprechen bei der Regelung öffentlicher Angelegenheiten. Darum standen an der Wiege der Einigung des deutschen Volkes mit als Bäte: der Gedanke der Volksmitarbeit und die Fürsorge des Staates für das Volk.“

Noch ein Urteil über den Deutschen Arbeiterkongress. In der bekannten und namentlich in gebildeten Kreisen weitverbreiteten „Allgemeinen Rundschau“ entwirft der Redakteur des Münchener „Arbeiter“, Kollege Michael Gasteiger, ein Bild von dem dritten Deutschen Arbeiterkongress. Nachdem Gasteiger die einzelnen Verhandlungspunkte gewürdigt hat, kommt er zu folgendem Schluß:

„Das ist in knappen Umrissen der große positive Inhalt des Kongresses, dessen Wert auch nicht geschmälert wurde durch die von dem Verband katholischer Arbeitervereine, Sitz Berlin, veranlaßte Dissonanz — bei Gelegenheiten, die das berühmte Ausleben der Grundzüge bis zur letzten Konsequenz wirklich nicht verlangt hätten. Um nur eines herauszugreifen: wer praktisch gegen den Streik ist, wie die Fachabteilungen, wird auch das Streikpostensystem nur mit Einschränkung gelten lassen, wer die Ursache bekämpft, wird meist wohl auch Wirkung und Begleitumstände bekämpfen. Das nimmt auch niemand übel. Aber die ungemein deplazierte Art und Weise, wie die Vertreter von „Sitz Berlin“ ihren Standpunkt zum Ausdruck brachten, war es, was schließlich dazu

führte, daß „Sitz Berlin“ derzeit keinen Vertreter im Ausschuß des Arbeiterkongresses hat. Inbes — unter dem großen leitenden Gesichtspunkt des Gesamtkongresses betrachtet — sind auch das nur untergeordnete Differenzen. Denn es ist festzustellen, daß diese Dinge sich rein auf grundsätzliche Hintergründe abspielten, während „Sitz Berlin“ auf dem Kongress in anderen Fragen der praktischen Sozialpolitik, die zu fördern der Kongress erste Aufgabe ist, im Sinne des großen Gedankens der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mitgearbeitet hat.

So kann man, alles in allem genommen, mit gutem Grunde sagen, daß der dritte Deutsche Arbeiterkongress, neben dem Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften, die wichtigste und bedeutendste Tagung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung überhaupt darstellt. Der Kongress hat den Beweis geliefert, daß diese Bewegung sich ihres Wertes und ihrer Bedeutung bewußt ist, daß sie grundsätzlich sich klare Richtlinien gezeichnet hat und daß sie gewillt ist, praktisch die geraden Wege zu gehen, die sie einmal als richtig erkannt, unbekümmert um den Spott der Sozialdemokratie und die Sorgen allzu konservativer und egoistischer Politiker, unbekümmert auch um die Proteste der Scharfmacher, die Einwände der Hweißler und der Jaghaften. Denn diese deutschen Arbeiterkongresse werden und müssen es noch allen Volksgenossen ins Bewußtsein bringen, daß es in der deutschen Arbeiterbewegung, im ausgesprochenen Gegensatz zur Sozialdemokratie, eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung gibt, die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung und in dem Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung dem Arbeiterstand den ihm zustehenden Anteil an den geistigen und materiellen Gütern der Nation erringen will und erringen wird.“

Friede im Krankenkassenstreit. Was man kaum zu hoffen wagte, ist doch Wirklichkeit geworden: der Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten ist beigelegt. Auf Veranlassung und unter dem Vorsitz des Reichsamts des Innern haben Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Verständigung führten. Zwar haben sich bis zur Stunde, da wir dieses schreiben, die beteiligten Verbände noch nicht endgültig zu den in Berlin vereinbarten Friedensvorschlagen Stellung genommen, jedoch darf man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Vereinbarungen auch die Zustimmung der beteiligten Verbände finden werden. Die Erklärung mußte bis zum 29. Dez. erfolgt sein. Wir werden in der nächsten Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“ die Dinge eingehend besprechen und begnügen uns für diesmal damit, die Vereinbarungen in ihren Grundzügen bekanntzugeben.

Es ist eine Vertragsdauer vom 1. Januar bis 31. Dezember 1923 vorgesehen. Die Frage des Arztessystems soll so gelöst werden, daß an Ort und Stelle Vereinbarungen zwischen Ärzten und Krankenkassen darüber getroffen werden. Bei den Versicherungsämtern

wird ein „Arztregister“ angelegt, in das sich jeder Arzt, der Kassenpraxis zu betreiben wünscht, einzutragen hat. Auf mindestens 1350 Versicherte muß ein Arzt kommen, bei Familienversicherung bereits auf 1000. Die Arztvergütung bleibt der Regelung durch Einzelverträge, die mit der Vereinigung der Kassenärzte innerhalb der einzelnen Bezirke abgeschlossen werden, überlassen. Für Streitigkeiten ist ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsamt vorgesehen, dessen Urteil sich die Kassen sowohl als auch die Ärzte unterwerfen. Zur Durchführung des gesamten Abkommens und zur Entscheidung von Streitigkeiten, die daraus entstehen, wird ein paritätisch besetzter Zentralausschuß in Berlin eingesetzt, dessen Vorsitzenden der Staatssekretär des Innern ernannt.

Große Schwierigkeiten ergaben sich hinsichtlich der Abfindung der sogenannten „Streikärzte“. In mehreren Städten haben die Krankenkassen bereits mit mehreren außerhalb des Leipziger Verbandes stehenden Ärzten Verträge abgeschlossen. Die Verträge mit den Ärzten sollen entweder gelöst oder die Ärzte sollen nach Möglichkeit von ihrer Tätigkeit entbunden werden. Die Regierung wird behilflich sein, die Ärzte anderswo unterzubringen. Die Kosten der Lösung tragen Ärzteverbände und Kassen gemeinsam.

Diese Lösung, die auf Grund beiderseitigen Entgegenkommens zustande kam, wird nicht zuletzt von den Kassenmitgliedern freudig begrüßt werden. Der Kampf war immerhin eine recht unerquickliche Sache, die weitgehende Folgen hätte nach sich ziehen können. Der Leipziger Ärzteverband aber wird hoffentlich auch zu der Erkenntnis gekommen sein, daß allzustarf schartig macht und daß ein Ueberspannen des Bogens auch für ihn auf die Dauer sehr unangenehme Wirkungen auslösen muß.

Der erste Delegiertentag der katholischen Arbeiterinnenvereine der Erzdiözese Köln fand am 23. November 1918 in Düsseldorf statt. Naturgemäß befaßten sich die 72 Delegierten aus 26 Vereinen vor allem mit speziellen Organisationsfragen der Arbeiterinnenvereine. Zu diesem Zweck wurden 4 größere Referate gehalten, darunter auch eines von einem Vereinsmitglied. Nach dem Berichte der „Niederrheinischen Volkszeitung“ vom 27. November lassen sich Referate und Diskussionen in folgender Weise zusammenfassen.

Die Arbeiterinnenvereine sind als religiöse Standesorganisationen aufzufassen. Sie sollen in ähnlicher Weise, wie es den Arbeitern gelungen ist, durch ihre Organisation den Stand der Arbeiter zur Geltung zu bringen, die im Erwerbsebenen stehenden weiblichen Angehörigen des arbeitenden Volkes in die Standesbewegung der christlichen Arbeiterwelt einbeziehen. Auf wirtschaftlichem Gebiete werden die Arbeiterinnen mit den männlichen Arbeitern gemeinsam sich an dem Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen beteiligen, nicht nur im eigenen Interesse, sondern mehr noch im Interesse ihrer Familie,

Kunstseide.

Von Carl Misch.

Zu den interessantesten Ueberlieferungen des grauen Altertums gehört zweifellos die Schilderung der Begründung der Seidenindustrie durch den Chinesen-Kaiser Hoang-Ti, etwa um das Jahr 2650 vor Beginn unserer Zeitrechnung.

Wer eine Seidenraupe bei ihrem Spinngeschäft beobachtet, muß sich ganz unwillkürlich fragen, ob man den feinen Faden, den das geschickte Tierchen so sorgfältig aufwickelt, nicht auch wieder abwickeln und beliebig verwenden könnte. Die Versuche, diese Idee zu verwirklichen, finden wir daher schon bei den Ägyptern, deren kulturelle Entwicklung auf verhältnismäßig niedriger Stufe stand. Dagegen konnte die Frage, ob es nicht möglich wäre, diesen Spinnprozeß unabhängig von einem empfindlichen Tierchen, dessen Aufzucht nur mit vieler Mühe möglich ist, auszuführen, erst von Menschen erwogen werden, deren naturwissenschaftliches Denken hoch entwickelt war. Aber selbst der geistvollste Forscher des 18. Jahrhunderts, Reaumur, der seine Unsterblichkeit sonderbarerweise der unbedeutendsten seiner Entdeckungen, dem achsigteiligen Thermometer verdankt, konnte das genial Vorgehen nicht in die Tat umsetzen, denn Technik und Chemie verfügten damals noch nicht über jene Hilfsmittel, die notwendig sind, um eine so eigenartige Faser herzustellen, wie sie die moderne Kunstseidenfabrikation erzeugt.

Aber selbst dann, als man mit hochkultivierten Materialien das Problem zu erfassen suchte, drohte der beste Grundgedanke an theoretischem Bedenken zu scheitern. Das Verdienst, in unablässigen Versuchen neue Grundlagen für die Schaffung der feinsten künstlichen Spinnfaser zustande gebracht zu haben, hat sich Chardonnet in Belmont erworben. Im Jahre 1885 nahm derselbe sein erstes Patent und 1889 konnte er auf der damaligen Weltausstellung der erlauten Welt beweisen, daß auch der fleißigen Seidenraupe ein leistungsfähiger Konkurrent entstanden war.

Dieses Kunstseidenproblem läßt sich erst dann in seiner ganzen Größe erfassen, wenn wir uns die Struktur der natürlichen Seide vergegenwärtigen. Die echte Maulbeerseide ist deshalb die edelste aller Fasern, weil sie die morphologisch einfachste ist. Sie ist nur ein erhärtetes Sekret, somit strukturlos und bildet im hohen Zustande einen aus zwei Losen mit einander verflochtenen Zylindern bestehenden Doppelfaden, der durch Entschälung sogar in einen einfachen Zylinder von 1400—2000 m Länge und durchschnittlich 0,02 mm Dicke verwandelt wird. Wie allgemein bekannt, entsteht die echte Seide durch Erstarrung einer dickflüssigen homogenen Masse, welche während der ganzen Lebenszeit des Tieres in den beiden mit ihren Enden verwachsenen Ausführungskanälen dieser Drüsen herausgedrückt wird. Für die Bildung des Fadens ist aber das bloße Herauspressen nicht ausreichend; es muß auch gleichzeitig ein Zug ausgeübt werden. Für diesen sorgt das Tier, indem es während des Spinngeschäftes fortwährend das Köpfchen hin und her bewegt. Die austretende äußere viskose fadenziehende Flüssigkeit erstarrt ungeniert rasch zum festen Faden, durch welche Ursachen, mag

dahingestellt bleiben. Dieser Faden wird dann im Kofon höchst regelmäßig aufgewickelt, man möchte sagen, von außen nach innen gewickelt.

Da uns aber die Chemie bis auf den heutigen Tag kein Mittel in die Hand gab, das Material, aus welchem die echte Seide besteht, das zu den Proteinkörpern gehörige Fibroin nachzuahmen, so mußte Chardonnet von vornherein damit beginnen, nach einem dem Spinnstoff der Raupe möglichst ähnlichem Material für diese Zwecke zu suchen. Er fand daselbe im Collodion, aber zur Ueberwindung aller Schwierigkeiten mußte eine ganz erstaunliche Fülle von Scharfsinn aufgewendet werden, denn dem Problem erwachsen Hindernisse in der physikalischen Tatsache, daß der frei fließende Strahl einer Flüssigkeit immer ein unbeständiges C^o bleiben muß. In vielen Formen, wo ihn das Auge noch zusammenhängend wahrnimmt, ist er schon in Tropfen aufgelöst. Die Ursache dieser Tropfenbildung ist die Oberflächenspannung aller Flüssigkeiten, welche dieselben fortwährend zwingt, die kleinste Raumerfüllung zu suchen. Das ganze Phänomen der Tropfenbildung ist natürlich abhängig von der Schnelligkeit, mit welcher die Wasse dem Strahle folgt; von der innern Reibung und Viskosität der Flüssigkeit. Die Tendenz eines zylindrischen Strahles, sich in kugelige Tropfen aufzulösen, wird erheblich verringert, sobald der Strahl in eine Flüssigkeit mündet. Man unterscheidet daher auch zwischen Nass- und Trocken-Spinnverfahren. Die Seidenraupe spinnt trocken, Chardonnet mußte aber bei seinen Bestrebungen, ihre Arbeit nachzuahmen, zunächst zu einem Nassspinnverfahren seine Zuflucht nehmen.

Die zur Herstellung künstlicher Fasern brauchbare Flüssigkeit muß außer einer großen Viskosität auch noch die Fähigkeit besitzen zu gewinnen, d. h. an der Oberfläche des aus ihr erzeugten Strahles zu erstarren, während das Innere noch flüssig bleibt. Nur wenn diese Bedingung erfüllt ist kann eine Faser gebildet, beim ein bleibender Zylinder geformt werden, dessen Länge unbegrenzt ist. Denn das Festwerden des in Bildung begriffenen Seidenfadens beruht nicht etwa auf einer Trocknung, sondern auf einer Gewinnung; dieser Vorgang muß sich aber je nach der Natur und Konzentration der angewandten Spinnflüssigkeit verschieden abspielen. Und so erklärt sich auch die eigentümliche Tatsache, daß die mikroskopische Gestalt und ebenso der Glanz der verschiedenen Kunstseiden erhebliche Unterschiede aufweist.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß der feine Griff und die Schmiegsamkeit der Seide lediglich durch das Material bedingt seien; in Wirklichkeit sind diese Eigenschaften hauptsächlich auf die außerordentliche Feinheit des Fadens zurückzuführen. In China und in Spanien stellt man schon seit langer Zeit dicke als Angelschnüre benützte Fäden aus echter Seide dar, indem man spinntreife Seidenraupen tötet und den Inhalt ihrer Spinnröhren zu Fäden auseinander zieht. Diese Fäden sind glanzlos, hart und borstig, zeigen aber die bewundernswürdige Festigkeit des Fibroin, welche nur von derjenigen einiger weniger Metalle übertroffen wird.

So sehr Chardonnet auch bemüht war, bei der Vervollständigung seines Kunstseidenverfahrens der Materialtechnik der echten Seide zu folgen, so erwachsen große Schwierigkeiten aus der Notwendigkeit, die homogene Collodium-

lösung vollkommen klar zu filtrieren, um die Spinnröhren nicht durch mitgeführte feste Körper zu verstopfen. Alle Versuche, das Collodium trocken zu verpinnen, schlugen zunächst fehl und erst später gelang es ihm, ein Trocken-Spinnverfahren zu erfinden. Das in dieser Weise erzeugte Produkt hatte schließlich genau das Aussehen der Seide, ja es übertraf dieselbe sogar an Glanz; aber es hatte den großen Nachteil, außerordentlich leicht entflammbar zu sein. Sollte das Produkt der Textilindustrie nutzbar gemacht werden, so mußte demselben seine große Brennbarkeit genommen werden. Mit Schwefelantimon und Natriumsulfhydrat wurde der Denitrierungsprozeß schließlich erfolgreich durchgeführt. Und nun erwachsen Chardonnet verschiedene Konkurrenten, welche diese neuerschlossenen Bahnen zu vervollständigen suchten. (Einer der Fortgeschrittensten ist die von dem Mitarbeiter Chardonnets; dem Ingenieur Maurice Dennis gegründete Fabrik Dbourg in Belgien.)

Unendlich viel Mühe und erfindende Arbeit ist inzwischen auf die Vervollkommnung der zum Spinnen und Haspeln der Kunstseide dienenden Maschinen verwandt worden, so daß heute mehrere Hundert verschiedene, mehr oder weniger von einander abweichende Spinnsysteme existieren. Aber noch weit mannigfacher sind der Versuche, durch alle erdenklichen Lösungsmittel die verschiedensten Ingredienzien derartig miteinander zu vereinen, daß das gewonnene Produkt der echten Seide nicht nur in Bezug auf Aussehen, sondern auch hinsichtlich der Verwendbarkeit möglichst nahe gebracht wird.

Ueberblickt man das, was die Kunstseidenindustrie in den 20 Jahren ihres Bestehens an dauernden Erfolgen zuflande gebracht, so zeigt sich das überraschende Ergebnis, daß diejenigen Verfahren die besten Fortschritte gehabt haben, welche ihrem Produkte die Eigenschaften der Pflanzenfaser einzuverleiben vermochten.

Bei den angeführten Versuchen, die relative Festigkeit der verschiedenen Fasern zu ermitteln, hat sich ergeben, daß gute Kunstseide im trockenen Zustande nur etwa ein Viertel bis ein Drittel der Zugfestigkeit guter chinesischer Rohseide hat, die sich im nassen Zustande noch weiter verringert. Dieses Verhältnis gestaltet sich in der Praxis aber insofern günstiger, als rohe Naturseide nicht jene Schönheit hat, die wir an ihr schätzen, mithin fast nur im abgetrockneten Zustande verarbeitet wird, bei welchem die Festigkeit schon erheblich geringer ist. Zudem haben sich Produzenten und Konsumenten leider fast ganz entzweit, die wunderbare Festigkeit der echten Seide wirklich auszunützen. Denn im Handel werden unbeschwerte Seidenwaren nur noch selten angetroffen. Aber bei beschwerter Seide sinkt die Festigkeit rapide und es gibt genug echte Seide im Markt, deren Festigkeit kaum größer ist, als die der Kunstseide, welche den unschätzbaren Vorzug hat, daß sie sich überhaupt nicht beschweren läßt.

Die künstliche Seide hat in den letzten Jahren auf denjenigen Gebieten auffallende Verbreitung gefunden, bei welchen es hauptsächlich auf den Glanz und sehr wenig auf die Festigkeit ankommt. Viel verarbeitet wird sie in der Posamenten- und Besatzartikelbranche zur Herstellung von Borden, Ligen, Schnüren, Knöpfen usw. Hier kommen die vorteilhaften Eigenschaften des Kunstproduktes sehr zur Geltung

auf daß sie ihrerseits dazu beitragen, den katholischen Arbeitern und Arbeiterinnen die Wahrung der Berufsinteressen ohne Verletzung der christlichen Grundzüge zu ermöglichen. Die Standesbewegung hat dann weiter für die Arbeiterinnen als Ziel die Stärkung des religiösen Lebens. Die Förderung hauswirtschaftlicher Kenntnisse und die Pflege häuslichen Stanes, die Vorbereitung für die Aufgaben der Erziehung entweder der eigenen Kinder oder der jüngeren Mitarbeiterinnen soll vollzogen werden durch Selbsterziehung und durch Erwerbung von Kenntnissen für die Erziehung anderer.

Diesem Hinweis auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterinnen brauchen wir nichts hinzuzufügen. Selbstverständlich kommt hierbei nur die christliche Gewerkschaft in Betracht.

Hoffentlich entwickelt sich aus diesem Delegierten-tag ein neues, begeistertes Leben für die katholischen Arbeiterinnenvereine Westdeutschlands.

Aus der evangl. Arbeiterinnenbewegung. Der Verband evangl. Arbeiterinnenvereine Deutschlands kann in seinem Jahresbericht für 1918 auf eine erfolgreiche Entwicklung hinweisen. Der Verband wurde am 21. Oktober 1908 mit 8 Vereinen und rund 800 Mitgliedern gegründet. Heute hat er die stattliche Zahl von 42 Vereinen mit 3500 Mitgliedern in sich vereinigt. Damit hat der Verband der evangelischen Arbeiterinnenvereine bewiesen, daß er ein lebensstarkes Reiz am Baume der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist.

Aus den, dem Jahresberichte beigegebenen Aufsätzen geht mit Deutlichkeit hervor, daß die Vereine sehr darauf bedacht sind, soziale Ständearbeit zu leisten. Soziale Arbeit für die im Wirtschaftsleben stehenden Frauen und Mädchen; aber auch mit denselben. Die Vorsitzende des Verbandes, Fräulein J. von Feldmann, gibt diesem Gedanken in einem Artikel prägnanten Ausdruck, indem sie schreibt: „Wir wollen keinen Wohlthätigkeitsverein gründen, sondern einen Standesverein!“

Die Stellung des Verbandes zur christlichen Gewerkschaftsbewegung wurde auf dem Verbandstag 1918 festgelegt und auch in unserem Organ besprochen. Auch im Jahresbericht kommt diese Stellung wieder zum Ausdruck, wo in einem Aufsatz die Notwendigkeit der evangelischen Arbeiterinnenvereine begründet wird. Es heißt da:

„Es ist des öfteren die Frage aufgeworfen, wozu gründet man evangelische Arbeiterinnenvereine? Die christlichen Gewerkschaften sind doch dazu da, die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten! Ja, gewiß sind sie das und es wäre wünschenswert, daß sich unsere Arbeiterinnen in weit größerer Zahl ihnen anschließen, als bis jetzt geschieht. Aber die Arbeiterinnen brauchen mehr als Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen, sie brauchen geist- und gemütbildenden Einfluß, Gemeinschaft mit Gleichgesinnten, Rat und Auskunft in den mannigfachen Nöten und Sorgen ihres häuslichen und Berufslebens.“

und haben eine gewaltige Steigerung des Verbrauches an Kunstseide zur Folge. Während solche Befeharartikel bis 1913 ausschließlich auf den Flechtmaschinen hergestellt wurden, fabriziert man jetzt auch Bänder auf den Jacquardwebstühlen in großen Mengen mit Kunstseide in Schuß und Kette. Aus Kunstseide hergestellte Franzen werden ihrer größeren Steifigkeit wegen, denen aus Naturseide vorgezogen.

Die Stoffindustrie verwendet Kunstseide zu sehr verschiedenen Geweben und bringt dieses Material namentlich bei Möbelstoffen und Dekorationsgeweben sehr vorteilhaft zur Geltung. Sogar Tapeten werden mit einer Auflagerung von Kunstseide fabriziert und haben vor den aus realer Seide hergestellten neben dem höheren Effekte den Vorzug, daß sie sich vom Staube leichter reinigen lassen. Außer zur Erzielung von Glanzeffekten verwendet man künstliche Seide in der Stoffindustrie viel für Krawattenstoffe, da mit Kunstseide hergestellte Ware billiger oder doch wenigstens nicht teurer ist, als mit Naturseide hergestellte und durch den kräftigeren Faden das Gefühl des Stoffes griffiger und kräftiger wird, auch die Haltbarkeit größer ist, als bei Artikeln, die unter Verwendung beschwerter Naturseide hergestellt worden sind. Ferner verwendet man Kunstseide für halbfarbene Futterstoffe und für Kammgarntanzuflüsse, für die Kunstseide ungefärbt benutzt oder auch das fertige Stück gefärbt wird. In manchen Fabriken wird Kunstseide in Verbindung mit Naturseide verarbeitet, so besteht bei „Mousseline de soie“ die Kette aus Naturseide, der Schuß aus Kunstseide. In anderen Fabriken passiert ein Faden aus Chardonnetseide und ein Faden aus Naturseide abwechselnd auf zwei verschiedenen Webeschiffen. Solche Stoffe aus natürlichen und künstlicher Seide sollen Feuchtigkeit und Regen ziemlich widerstehen.

Die Verwendung der Kunstseide als Kette, die wegen der mangelnden Elastizität der Kunstseide Schwierigkeiten macht, wird nach dem Patent von Wilkinson dadurch ermöglicht, daß Kunstseide mit tierischer Faser, z. B. Wolle zusammengeflochten wird, ein solcher Faden als Kette dient und nach dem Weben die Wolle durch lauwarme Lauge z. B. Natronlauge entfernt wird. Für Blusenstoffe findet Kunstseide sowohl im Schuß als auch neuerdings mehr und mehr als intermittierende Kette Verwendung; endlich benutzt man künstliche Seide in Samtgeweben und zur Herstellung von künstlichem Astrachan und künstlichem Pelzwerk.

Spitzen werden aus Kunstseide von Hand oder auf der Maschine gekloppt. Sehr beliebt sind auch aus Kunstseide gekloppte Zwischensätze, welche mit seidenen Bändern oder Streifen vernäht, Stoff zu Blusen oder Damenkleidern geben. Von geflochtenen und gewirkten Waren werden aus Kunstseide gewirkte Hüte, Gagen, Schals, Krawatten, Cachenez, Kragenschoner, gewirkte Mäntelchen, Strumpfwaren, Unterkleider und Strichhandschuhe gefertigt.

Die letzten Jahre haben gelehrt, daß dieser neuen Industrie eine größere Zukunft bevorsteht als die, an welche ihre Pioniere ursprünglich wohl gedacht haben. Wie bei so manchem Problem, zeigt sich auch hier, daß die enge Fassung, in der Erfindungen zunächst austauschen, sich erweitern und daß kühne Schöpfungen ihren Lohn mit sich bringen, indem sie uns neben dem Ertrachten auch noch Unverhofftes zuteil werden lassen.

Dem Wunsche, daß sich noch mehr Arbeiterinnen der christlichen Gewerkschaft anschließen möchten, stimmen wir voll und ganz bei. Wir wünschen aber auch, daß der Verband evangelischer Arbeiterinnenvereine immer mehr erstarke möge, damit er jene Aufgaben, die die Gewerkschaft zu erfüllen nicht in der Lage ist, an einem stets wachsenden Mitgliederkreise lösen kann. Unseren evangelischen Kolleginnen aber empfehlen wir den Beitritt zu ihren Arbeiterinnenvereinen.

Steinwerfer im Glashaus. Die sozialdemokratische Presse berichtet von einem „Bettelbrief“, den die christlichen Gewerkschaften in Karlsruhe an Unternehmer gerichtet hätten, um Geld zur Bestreitung der Kosten zur Krankenkassenwahl zu erhalten. Diese Behauptung der sozialdemokratischen Presse ist Schwindel. Die christlichen Gewerkschaften haben damit nichts zu tun. Der Vorsitzende des sozialen Ausschusses in Karlsruhe hat lediglich an einige Freunde desselben — aber an keine Unternehmer — ein Schreiben um einen kleinen Beitrag zur Deckung der Kosten für soziale Wahlen gesandt. Dieses Schreiben kam durch Vertrauensbruch in sozialdemokratische Hände und für Vertrauensbrüche und ähnliche Sachen haben sozialdemokratische Zeitungen noch von jeher eine besondere Vorliebe gezeigt. Ebenso hat die Sozialdemokratie das Geld von Unternehmern und Großkapitalisten noch niemals verschmäht. Dafür liegen Beweise genug vor. In Frankfurt a. M. ließen sich die Sozialdemokraten 600000 M. zum Bau ihres Gewerkschaftshauses von Großkapitalisten geben, in Stuttgart ebenfalls mehrere Hunderttausend Mark zum gleichen Zwecke. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband nahm von den Schlagesfabrikanten 71000 M. an für die Unterstüzung seiner Arbeitslosen. Bei einer Lohnbewegung der Textilarbeiter in Mülhausen i. E. hat sich der sozialdemokratische Textilarbeiterverband die Kosten einer Versammlung in Höhe von 50-70 M. vom Chef der Firma Kullman u. Cie bezahlen lassen. In Brüssel ließ sich die sozialdemokratische Partei von dem Großindustriellen Solwan große Summen schenken, von einem Großindustriellen, der seinen Arbeitern Löhne von 2,50 bis 3 M. zahlt, trotzdem sozialdemokratische Parteiführer ständige Gäste in seinem feinen Salon sind. Davon schreibt die sozialdemokratische Presse natürlich nichts. Um den Blick ihrer Leser von diesen Tatsachen abzulenken, konstruiert sie dann auf Grund von Vertrauensbrüchen christliche „Bettelbriefe“ und sucht die christlichen Gewerkschaften in Mitleid zu bringen. Das steht ausgerechnet der Sozialdemokratie gut an, die sich in Geldsachen noch stets von dem Grundgesetz leiten ließ: Geld riecht nicht!

Spulmaschinen.

(Nachdruck verboten.)

Mit der Entwicklung der Weberei zur Großindustrie mußten natürlich auch die Nebenarbeiten derselben eine andere Gestalt erfahren. Maßgebend hierfür war nicht nur der bedeutend gesteigerte Rehrbedarf des mechanischen Stuhles gegenüber dem Handstuhl, sondern auch das Fehlen billiger Arbeitskräfte, wie sie der Handweber in seinen Familienangehörigen meist zur Verfügung gehabt hatte. Die Versuche, dem mechanischen Stuhl sofort eine Spulvorrichtung anzugliedern, welche die gebrauchten Spulen ohne Benützung einer besonderen Spulerin herstellen sollte, können wir hier ganz außer Acht lassen, denn meist sind das zwei Beschäftigungen, welche ein Weber nicht gleichzeitig ausüben kann, es blieb also nur die Möglichkeit, besondere Spulmaschinen zu konstruieren, welche in ihrer Leistungsfähigkeit dem Bedarf des mechanischen Stuhles ungefähr gemachsen waren, dieselben womöglich noch übertrafen. Diese Forderung war auch gar nicht so schwer zu erfüllen, da man im alten Handspulrad und den inzwischen schon zu einer gewissen Vollkommenheit gebrachten Spinnereimaschinen durchaus brauchbare Vorbilder hatte. Indessen kann man sich doch, wenn man das ganze Gebiet der Spulmaschinen überblickt, sehr bald davon überzeugen, daß allerdings die Grundidee des Spulens, wie sie auf dem Handspulrad zutage tritt, nämlich das Aufwickeln des Garnes auf verschiedene gefornnte Hülzen, auch bei der Spulmaschine dieselbe geblieben ist, aber die Ausführungsformen weisen doch eine recht ansehnliche Vielgestaltigkeit auf. Für den Spuler am Handrad ist es ganz gleichgültig, ob er auf seine Spindel, welche durch drehen des Triebrades in Bewegung gesetzt wird, eine Hülse steckt, wie sie der Weber für Schußgarn haben muß, oder eine Scheibenspule aus Holz oder Pappe, wie sie zur Untertigung von Scheerrollen gebraucht werden. Bei Konstruktion von Maschinen zur Erreichung der verschiedenen Formen mußte man natürlich darauf Rücksicht nehmen, und so finden wir denn auch tatsächlich eine ganze Anzahl in ihrer Bauart gänzlich voneinander abweichender Spulmaschinen.

Ihrer natürlichen Bestimmung gemäß kann man dieselben vielleicht unter die Rubriken „Schußspulmaschinen“ und „Kettspulmaschinen“ einordnen, aber jede dieser beiden Gruppen hat wieder eine ganze Reihe von Unterabteilungen, wobei noch der Umstand besonders ausschlaggebend ist, daß die meisten modernen Spinnmaschinen schon Produkte liefern, welche beiden Anforderungen gerecht werden, d. h., sowohl als Schußspulen, wie auch als Kettspulen Verwendung finden zu können, sodas ein Bedürfnis nach Spulmaschinen eigentlich nur für Spezialzwecke vorhanden ist. Das dieses Bedürfnis trotzdem nicht ganz klein ist, beweist die ziemlich große Anzahl der verschiedenen Spulmaschinenformen, welche unter sich noch durch mannigfache Ausgestaltung einzelner Organe differenziert werden. Der Form nach kann man fünf Gruppen unterscheiden: Die Scheibenspulmaschinen, die Kreuzspulmaschinen, die Kegelspulenmaschinen, die Köhlerpulenmaschinen und die sogenannten selbsttätigen Spulmaschinen. Die erste und dritte Gruppe haben gegenüber den anderen nur eine

verhältnismäßig geringe Ausbildung erfahren. Die Kreuzspulmaschinen haben auch für die Aufmachung der Nähgarne eine gewisse Bedeutung gewonnen und verdanken dieser Bestimmung eine Anzahl von Verbesserungen. Allgemein ergaben sich die Konstruktionsdetails aus der Natur der Kreuzspule, welche in ihrer Form der mit Scheiben versehenen Bobine nachkommen. Der Umstand, daß hier aber die Hülse keine Ränder hat und trotzdem eine an den Enden nicht abschlagende Wicklung aufweisen muß, bedingt eine ganz besondere Fadenführung. Bei älteren Kreuzspulmaschinen hatte man sich in der Konstruktion an die Selbstspule angelehnt. Am meisten hat bei der Ausführung des Fadenführerantriebes die Schlichttrommel Verwendung gefunden.

Die Köhlerpulenmaschinen weisen, obwohl sie fast lediglich Spulen für die Weberei machen, eine noch bedeutend weitergehende Spezialisierung auf. Im Prinzip nähern sich dieselben der Handspulerei, jedoch mit dem Unterschied, daß bei letzteren eine Holzspule als Grundlage Verwendung findet, während die Schlaufköpfe meist auf die blanke Spindel gesputt werden, da diese hülsenlose Spulen in sogenannten Deckelschützen verarbeitet und nicht über die Spitze abgezogen werden, wie die Handspule, sondern von innen heraus, indem das Ende, welches zuerst auf die Spindel gekommen war, sich also in der fertigen Spule zu unterst befand, auch als Anfang beim Abschleifen genommen wurde. Diese Köhlerpulenmaschinen haben drei verschiedene Spindelstellungen. Einmal steht die Spindel in der Maschine so, daß eine Spule entsteht, wie sie beispielsweise die Ringspulen und auch der Selbstfaktor liefern, d. h. mit Spitze nach oben geteilt. Das Gegenstück davon ist dann die mit Spitze nach unten stehende Spindel, welche besonders zum Spulen dicker Schußgarne Verwendung findet. Bei diesen Maschinen ist die Spindel edig und trägt einen größeren Ansatz, mittelst dessen sie sich auf den sogenannten Führungstrichter aufhängt und mit ihrer unteren Spitze in die ihrem Querschnitt entsprechende Öffnung der Antriebscheibe hineinragt. Der Führungstrichter hat einen seitlichen Schlit, vor welchem sich der Fadenführer bewegt. Wird nun die Spindel gedreht, so wickelt sich der Faden auf und bildet einen der Form entsprechenden Regal. Bei jedesmaligem Auf- und Niedergehen des Fadenführers wird dieser Regal um eine Lage vergrößert und hebt die Spindel dementsprechend im Führungstrichter hoch, da dieser hier feststeht. Der Vorgang wiederholt sich nun so oft, bis die Spindel so hoch gestiegen ist, daß ihre Spitze aus dem Führungsschloß der genannten Antriebscheibe austritt und damit die Verbindung mit dieser verliert. Die Entfernungen aller dieser Teile sind so bemessen, daß bei Eintritt dieses Vorganges eine Hülse von zweckentsprechender Länge entstanden ist. Man erreicht also auf diese Weise, daß die Spindel im gewünschten Zeitpunkt selbsttätig stillgesetzt wird.

Wesentlich andere Gesichtspunkte weisen die Spulmaschinen mit horizontaler gelagerter Wickelspindel auf. In ihrer Bedeutung für die Weberei stehen dieselben auch den vorgenannten Maschinen nach, welches sich auch aus der geringen Zahl von Verbesserungen, welche an denselben bekannt geworden sind, schließen läßt.

In neuerer Zeit ist man sogar bemüht, auf den Spulmaschinen mit verkehrt stehender Spindel, auch doppelregel-förmige Spulen herzustellen. Erwähnenswert sind hier auch die verschiedenen Ausführungsformen von Zeitregeln, welche an die Stelle des vorher erwähnten Führungstrichters gesetzt wurden. An Spulmaschinen, welche zum Aufwickeln sehr weicher, also wenig haltbarer Garne Verwendung finden sollten, hat man auch noch das Eigengewicht der Spindel, mit dem sie sich auf den Trichter stützt und demgemäß auf das aufgewickelte Garn preßt, dadurch zu verringern versucht, daß man mittelst besonders angeordneter Gewichte die Spindeln ausbalanzierte, auch in einzelnen Fällen durch besondere Einrichtungen am Fadenführer den Steigungswinkel der einzelnen Fadenlagen veränderte, ebenso wie es bei Kreuzspulen bekannt geworden war, durch Geschwindigkeitsänderungen beim Umkehren an den Enden gewisse Vorteile zu erzielen und auch auf der Spule allgemein durch Verlegen der Fadenlagen eine solidere Wicklung hervorzubringen.

Wenngleich viele dieser Abänderungen in gewisser Beziehung nur als kleine Nebensächlichkeiten aufgefaßt werden können, so geben alle zusammen doch wieder einen recht beträchtlichen Grad von Vollkommenheit, sodas es sich selbst für den Techniker noch lohnt, sich mit diesen Kleinigkeiten eingehender zu beschäftigen.

Aus unserer Industrie.

Etwas von deutscher und französischer Seide.

In der „Köln. Ztg.“ wurde in der letzten Zeit, zumal angesichts der beabsichtigten Berufsverklärung deutscher Waren in Frankreich, mehrmals darauf hingewiesen, daß in Deutschland ebenso gute Seidenstoffe hergestellt werden wie jenseits der Alpen, und daß es deshalb eine vaterländische Pflicht der deutschen Frauen sei, in den Verkaufshäusern ausdrücklich Seidenstoffe deutscher Herkunft zu verlangen. Dieser Ruf ist nicht ungehört verhallt, wie denn überhaupt zu beobachten ist, daß der Deutsche oder auch die Deutsche allmählich die alteingewurzelte Neigung verliert, alles das schöner und besser zu finden, was „weit her“ ist, und dafür den wohlberechtigten Stolz auf deutsche Arbeit eintauscht. Zwei Vorfälle zeigen allerdings, daß die Schuld, warum die deutsche Seide im Vaterland selbst nicht gebührend beachtet wird, nicht immer an den Käufern liegt. In dem einen Fall hat nach der „Täglichen Rundschau“ eine Dame mit ausdrücklichem Hinweis auf den Mahnruf in der „Köln. Ztg.“ in einer großen Provinzstadt ausdrücklich deutsche Seide zu einem Kleiderstoff verlangt. Ihr ist aber von dem Abteilungsleiter eines bedeutenden Hauses erklärt worden, die weichen Seidenstoffe, die zu den heute beliebtesten Kleidern gebraucht würden, müßten aus Lyon bezogen werden, da kein deutsches Haus sie herstelle. Die Dame hat darauf die „französische“ Seide gekauft, sich aber nicht bei der Erklärung des Verkäufers beruhigt,

sondern die Angelegenheit weiter verfolgt. Die Nachforschungen haben nun ergeben, daß es sich um einen Seidenstoff, sogenannten Satin-Liberty, handelt, der jährlich in vielen hunderttausend Metern in Krefeld und in Kreisfelds Umgebung gewebt wird, und dessen Herstellung nicht die geringsten Schwierigkeiten bietet. Der zweite Fall hat sich in einem deutschen Welt Hause zugetragen, wo einem Krefelder Fachmann deutsche Seidenstoffe als französische Ware vorgelegt wurden. Als der Käufer erklärte, daß es sich wohl doch um deutsche Seidenstoffe handele, bemerkte der Verkäufer kleinlaut, unter der Bezeichnung französische Seidenstoffe verkaufe sich die Ware leichter. Der wahre Grund zu dieser Bevorzugung angebl. französischer Ware ist der, daß sie bedeutend teurer als Seide deutschen Ursprungs verkauft werden kann, weil Zoll und die größeren Frachtkosten, und natürlich auch der eingebildete höhere Wert der französischen Stoffe auf die deutschen Preise draufgeschlagen werden. Es ist nicht zu leugnen: Die Bevorzugung der Lyoner Seidenstoffe, zumal der schweren Gewebe, ist jahrzehntlang berechtigt gewesen, und noch vor wenigen Jahren gab es einige wenige besondere Stoffe, die der deutsche Seidenweber nicht in der Güte herstellen konnte, wie der Lyoner. Die Fortschritte des Veredelungsgewerbes, vor allem der glänzenden, auf die Erzeugnisse deutscher Wissenschaften aufgebauten Leistungen der Färberei, haben es zumege gebracht, daß heute in Lyon kein Seidenstoff hergestellt wird, den die deutsche und nicht zuletzt die Krefelder Seidenweber nicht in der Güte anfertigen könnte. Ja, es gibt heute Gewebearten, die wohl in Krefeld, nicht aber in Lyon fertiggestellt werden können. Ein Beweis dafür ist die bedeutende Ausfuhr deutscher Sammet- und Seidenstoffe nach Frankreich. Jedenfalls kann von einer vorherrschenden Stellung Lyons, soweit die Güte der Ware in Betracht kommt, keine Rede mehr sein. Freilich hat der Uneingeweihte keine Ahnung davon, welche Herrlichkeiten heute zum Beispiel in Krefeld und Umgegend hergestellt werden.

Verteuerung von Seidengarn.

Der Internationale Verband der Seidenfärbereien einigte sich mit den deutschen und schweizerischen Seidenstoff- und Wandfabrikanten-Verbänden dahin, den Preiszuschlag von 5 Prozent für Strangfärbung von Seidengarnen am 1. Mai 1914 in Kraft treten zu lassen. Der Internationale Verband der Seidenfärbereien verpflichtete sich, solange, wie die internationalen Preise in Italien nicht zur Durchführung gelangen, an die Verbände der Fabrikanten eine bestimmte Summe abzuführen im Sinne einer Ausfuhrvergütung für die nach England ausgeführten Stoffe und Bänder, welche Ausfuhr eben in besonderem Maße vom italienischen Wettbewerb betroffen wird.

Eichung der Meßgeräte in der Textilindustrie.

Ueber die Eichfähigkeit und die Eichpflicht der in der Textilindustrie hauptsächlich verwendeten Meßgeräte, wie Gaspeßeln, Meßwalzen, Wickel- und Segemaschinen, Meßrahmen, Meßuhren, Meßtrommeln usw., herrscht noch Zweifel. In den Verhandlungen, die zwischen der Handelskammer Eberfeld, dem Königlichen Eichungsinspektor für die Rheinprovinz und der Polizeiverwaltung stattfanden, erklärte der Delegierte der Rheinprovinz, daß diese keine Revisionen der Fabrikbetriebe vornehmen würde, solange diese Frage nicht endgültig geregelt wäre. Die Handelskammer macht die bezugsnehmenden Firmen hierauf aufmerksam, betont aber dabei, daß es sich hierbei nur um Revisionen der obengenannten Meßwerkzeuge und Meßmaschinen handelt. Die Revisionen der Waage und Gewichte finden weiter statt. Nicht geeichte Waage und Gewichte sind sonst unbrauchbare Gewichtsstücke. Sie dürfen in den in Frage kommenden Räumen nicht gebraucht werden und auch nicht vorhanden sein. Auch das bloße Vorhandensein ist strafbar.

Wir halten diesen Standpunkt der Eberfelder Polizeiverwaltung für nicht korrekt und namentlich nicht für zweckmäßig. Auch eine Revision der übrigen Meßvorrichtungen wäre, namentlich auch im Interesse der Arbeiter, durchaus wünschenswert.

Agitation für die Erhöhung der Garnzölle.

Die zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen werfen bereits ihre Schatten voraus. Der Kampf der Spinner und der Weber um die Garnzölle, der schon bei den letzten Handelsverträgen außerordentlich heftig war, beginnt wieder.

Bei der sächsischen Regierung liegen Anträge von seiten der Spinnerindustrie vor, welche eine Erhöhung der Eingangszölle für baumwollene Garne verlangen. Da die befragten Handelskammern, je nachdem sie Spinner- oder Webereibezirke vertreten, sich für oder gegen den Antrag erklärt haben, so hat die sächsische Regierung Stellung zu der Frage noch nicht genommen. Jedoch hat jetzt, wie wir hören, der Bund der Industriellen eine Kommission eingesetzt, die aus Spinners und Webern besteht, welche sich in eingehender Weise mit der Angelegenheit befassen und der Reichsregierung bezügliche Vorschläge unterbreiten wird.

Oesterreichische Garne in Deutschland.

Infolge der in Oesterreich herrschenden Ueberproduktion in der Baumwollindustrie haben die oesterreichischen Spinner schon seit längerer Zeit, wie bereits wiederholt im „Confessionär“ erörtert, große Quantitäten Baumwollgarne auf den deutschen Markt geworfen.

Diese Importe waren in zweifacher Hinsicht der deutschen Baumwollindustrie von Nachteil, erstens brachten die ungewöhnlich niedrigen Offerten der Oesterreicher auf den Markt und zweitens entgingen die an Oesterreich gegebenen Aufträge natürlich den deutschen Spinnerereien. Daß es sich dabei um recht ansehnliche Posten handelt, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Osterr. Garnimporte nach Deutschland Januar—Oktober

in Zentnern		1912	1913
bis Nr. 11	englisch	3 958	16 038
über 11—17	"	3 858	41 056
" 17—22	"	898	31 430
" 22—32	"	594	24 548
" 32—47	"	654	25 114

Während also in den ersten zehn Monaten des vorigen Jahres nur 9962 Zentner aus der Doppelmonarchie kamen, sind es diesmal nicht weniger als 137 186 Zentner, also vierzehnfach soviel! Der deutschen Industrie dürften dadurch Aufträge im ungefähren Werte von 15 Millionen Mark entgangen sein. Die Zahlen beweisen aber auch, wie sehr schlecht die Absatzverhältnisse in unserem Nachbarlande gewesen sein müssen. Denn Oesterreich-Ungarn hat keineswegs eine besonders große Baumwollindustrie, insgesamt verfügt das Reich über knapp 5 Millionen Spindeln gegen über 10 Millionen in Deutschland.

Aus dem Verbandsgebiete.

Allen Lesern und Freunden unseres Blattes wünschlich

Glück u. Segen zum neuen Jahre
Redaktion u. Zentralvorstand.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Berichtslatter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß der Arbeitslosenzähltag bestm. möglich für den Monat Dezember diesesmal nicht am letzten Samstag des Monats, sondern am Mittwoch, den 31. Dezember (Silvester) ist.

In diesem Monat geht das vierte Quartal 1918 zu Ende; neben dem Resultat über den Arbeitslosenzähltag ist über die gesamte Arbeitslosigkeit im ganzen Quartal zu berichten (Zahl der Arbeitslosen, der Arbeitslosentage, der Summe der gezahlten Arbeitslosen-Unterstützung). Spätestens vier Tage nach Schluß des Monats müssen die Berichtskarten (gelbe Quartalskarten) an die Zentrale eingesandt sein. Man vergesse nicht die Angabe der genauen Zahl der gesamten, am Schluß des Monats vorhandenen Mitglieder in der ersten Rubrik der Berichtskarte anzugeben.

Ueber den Monat November haben nachfolgende Ortsgruppen nicht oder zu spät berichtet:

- Bezirk Krefeld . . . Dülken, Fischeln, St. Lönis, Winkath.
- " W.-Glabbach . . . Giesentirchen.
- " Aachen . . . Imgenbroich, Rott, Verlautenheide.
- " Barmen . . . Engelkirchen, Langerfeld, Revißes.
- " Bocholt . . . Ahau, Borken, Stabloh.
- " Münster . . . Freudenhorst, Ummeln.
- " Hannover . . . Bremen, Döhren-Wülfel, Kirchworbis.
- " Schlesien . . . Neustadt, Schweidnitz, Ullersdorf.
- " Sachsen . . . Bernstadt, Chemnitz, Görlitz, Leipzig, Meißen, Reichenbach, Sagan, Sommerfeld, Sorau, Zeulenroda.
- " Bayern . . . Bayreuth, Haunfetten, Herolz, Memmingen, München, Zell, Schwabach.
- " Baden, Württemberg, Elsaß . . . a) Württemberg: Heidenheim, Ravensburg, Schefflingen, Stuttgart, Wangen.

- b) Baden: Burbach, Busenbach, Erlenbach, Ettlingen, Ekenroth, Hausen, Itterbach, Konstanz, Otterbach, Säckingen, Singen, Schlutenbach, Schopfheim, Spielberg, St. Blasien, Stodach, Worms, Würzuhl.
- c) Elsaß: Breitenbach, Strzbach, Münstertal, Lützelheim.

Die vorstehende Fehlliste beweist, daß man leider in noch recht vielen Ortsgruppen auf die Berichterstattung nicht den erforderlichen Wert zu legen scheint. Wir bitten die maßgebenden, verantwortlichen Stellen dringend, dafür zu sorgen, daß hierin Wandel geschaffen wird.

Die Zentralstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Empen.

Mit Erfolg beendet! Schon seit längerer Zeit wurden seitens der Arbeiterschaft des hiesigen Kabel- und Gummiwerkes G. m. b. H. Klagen geführt über ungerichte Behandlung und willkürliche Festsetzung von Strafen durch Angestellte. Auch die seit 1912 eingeführte Arbeitsordnung gab zu vielen Klagen Anlaß. Als nun noch einem Arbeiter wegen Forderung seines ihm zustehenden und vereinbarten Akkordlohnes durch den betreffenden Abteilungsmeister die Kündigung übergeben wurde, nahm die Belegschaft in verschiedenen Versammlungen zu dieser Frage Stellung. Der Versuch des Ausschusses, die Streit-

punkte auf friedlichem Wege zu regeln, scheiterte an dem ablehnenden Verhalten der Firmeninhaber. Verhandlungen mit dem Vertreter der Organisation wurden gleichfalls abgelehnt. Als alle Mittel zur friedlichen Beilegung der Streitigkeiten erschöpft waren, reichte die Belegschaft am 9. Dezember die Kündigung ein.

Die Arbeiterschaft stellte folgende Forderungen an die Firma:

1. Anerkennung eines von der Belegschaft gewählten Ausschusses.
2. Abänderung verschiedener Paragraphen der Arbeitsordnung.
3. Einstellung des zu Unrecht entlassenen Arbeiters.

Durch Vermittlung von dritter Hand wurden nun während der 14-tägigen Kündigungsfrist Versuche unternommen, Verhandlungen zwischen der Firma und der Organisation in die Wege zu leiten. Die Verhandlungen, die nun seitens der Vertreter unseres Verbandes mit den Firmeninhabern stattfanden, führten noch zu keinem endgültigen Resultat. Die Firma erklärte sich bereit, die beiden ersten Punkte zu bewilligen, jedoch würde sie den betreffenden Arbeiter unter keinen Umständen wieder einstellen. Da die Vertreter unseres Verbandes von der Forderung der Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen nicht abgehen konnten, wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Am 18. Dezember fand auf Antrag der Firma, bezüglich einer Feststellungsfrage über die eingereichte Kündigung, eine Sitzung des Gewerbegerichts statt, in der seitens des Gewerbegerichts gleichfalls der Versuch unternommen wurde, eine Verständigung herbeizuführen.

In den erneut aufgenommenen Verhandlungen seitens der Vertreter unseres Verbandes und den Firmeninhabern kam nun eine Einigung zustande, laut der die Firma sich bereit erklärte, den entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Darauf wurde seitens der Belegschaft die Kündigung zurückgezogen.

Kollegen und Kolleginnen! Wenn ihr wollt, daß auch die noch fehlenden Verbesserungen durchgeführt werden, dann stärkt die Organisation durch Zuführung neuer Mitglieder.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter ist seinen Mitgliedern ein starker Schutz und Hort. Deshalb an die Agitationsarbeit.

Aus unseren Bezirken.

Agitation im badischen Albtales.

Seitdem ein großer Teil der Textilarbeiterschaft des badischen Albtales dem christlichen Verbands angehört, erfährt die größte Öffentlichkeit mehr als früher von dem streblamen, arbeitsfrohen Völkchen. Es ist nicht mehr ungelant und bleibt auch nicht mehr unbeachtet, sondern bringt sich und seine Anschauung zur Geltung.

Wenn etwas als Beweis für diese Behauptung angeführt werden soll, dann braucht nur auf die Frankentafeln gewiesen werden. Schon bei der Vorbereitung, sowohl zu den Wahlen der Betriebs-, als auch der Ortskrankenkasse Ettlingen, kam der starke Einfluß der organisierten Arbeiterschaft zum Ausdruck. In einer Betriebskrankenkasse (Spinner- und Weberei Ettlingen) einigten sich Arbeiterschaft und Angestellte auf eine gemeinsame Liste. Die christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben durch dieses Uebereinkommen eine entsprechende Anzahl von Vertretern erhalten.

Auch im Betrieb Neurod war zuerst das Bestreben vorhanden, ein ähnliches Uebereinkommen bezüglich der Wahlvorschlüge abzuschließen. Der Versuch wurde dort mißlungen, weil die Arbeiterschaft nicht so entsprechend vertreten gewesen wäre, wie im Ettlinger Betrieb. Deshalb wurde in diesem Betriebe, neben einer anderen, auch eine Vorschlagsliste der christlich-nationalen Arbeiterschaft aufgestellt und die Wahl vollzogen. Und diese Wahl ergab das überraschende Resultat, daß die Beschäftigten fast vollzählig für die christlich-nationale Liste stimmten und dadurch eine entsprechende Vertreterzahl erreicht wurde.

Auch bei der Vorbereitung und Durchführung der Ortskrankenkassenwahl Ettlingen nahm die Arbeiterschaft, die sich zu unserem Standpunkt bekannte, regen Anteil. Erfolg: Die christlich-nationale Arbeiterschaft erhält 31 Vertreter. Die sozialdemokratische Richtung erhält nur mehr 19 Vertreter, während sie vordem in der Kasse allein herrschte.

Diese erfreuliche Wandlung der Dinge hat darin ihren Grund, daß die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft des badischen Albtales es gelernt hat, von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen. Der Erfolg der betreffenden Wahlen ist somit auch ein Erfolg unserer Organisation.

In acht Versammlungen, die in der Zeit vom 6. bis einschließlich 11. Dezember stattfanden, wurden u. a. auch die Wahlen zu den Krankentafeln besprochen. Dabei wurden Nachrichten über scheinbare „Folgen“ laut, die die Krankentafelnwahl im Betrieb Neurod nach sich gezogen haben soll. Die Vorkommnisse klangen so ungeheuerlich, daß erst noch berechtigte Zweifel an dem Gehörten gehegt werden konnten. Als aber in jeder Versammlung, in der Arbeiter und Arbeiterinnen des genannten Betriebes zugegen waren, das seltsame Gerücht als zutreffend bestätigt wurde, da waren Zweifel nicht mehr am Platze. Den Weg in die Presse einzuschlagen, hat die Verbandsleitung vorläufig nicht versucht. Dafür ist ein anderes Mittel ergriffen worden, um die verantwortlichen Stellen der Firma auf das Verwerfliche der Vorkommnisse aufmerksam zu machen. Es ist anzuerkennen, daß dieses Mittel nicht erfolglos blieb und wenigstens der trasseste Mißstand beseitigt wurde. Die Arbeiterschaft kann jedoch mit Recht erwarten, daß die vorgenommenen Abänderungen wieder beseitigt werden, weil sie ebenfalls noch zu Bedenken Anlaß gaben.

Die Versammlungen wurden in folgenden Orten abgehalten: Ebenrot, Spielberg, Langensteinbach, Marzell, Speffart, Reichenbach, Busenbach und Schöllbrunn. Das Thema „Zeit- und Streikfragen“ fand allorts dankbare Zuhörer. Besonders Interesse lösten die Kapitel Krankentafelwahl und Geschäftslage aus. Bezüglich der letzteren konnte manche irrige Ansicht ins rechte Licht gerückt werden.

Alles in allem hat auch diese Versammlungsreihe im badischen Nbtal Befriedigung ausgelöst und dazu noch greifbare Erfolge für den Verband und auch für einen Teil der Organisierten gebracht.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Wie die Genossen die Versammlungsfreiheit missbrauchen. Wir haben schon früher über eine öffentliche Textilarbeiterversammlung berichtet, in der sich der Vertreter des „deutschen“ Verbandes in wertaufschlagender Weise benahm. In der sozialdemokratischen Presse wird über diese Versammlung ein vollständig falsches Bild entworfen. Wir geben darum einer Schilderung eines Versammlungsteilnehmers, die in der „Neuen Augsburger Zeitung“ erschien, Raum, um unseren Mitglüdern erneut eine Probe sozialdemokratischer Fälschung zu bieten. Der „Neuen Augsburger Zeitung“ wird über die Versammlung geschrieben: „Die Sozialdemokraten sind bekanntlich nicht wenig stolz auf ihre Bildung und Erziehung und mit ihrer ‚Freiheit‘ gehen sie pfeifend um. Wer nicht blindlings zu ihrem Parteiodogma schwört, ist dumm und schwach. Entweder unter dem Joch des ‚heutegierigen Unternehmertums‘ oder unter dem noch schwerer zu ertragenden Joch der verhassten ‚Waffen‘. Wahrhaft ‚frei‘ sind nur die Genossen! Das heuchlerische Getöse der marxistischen ‚Freiheitsapostel‘ ist geradezu widerlich. Unzählige Male ist schon der Beweis erbracht worden, wie jammervoll es mit der roten Bildung bestellt ist. Und der rote Freiheitsbegriff steht bereits auf einer so niedrigen Stufe, daß er tiefer überhaupt nicht mehr sinken kann. Eine feine Probe davon konnte man wieder in der öffentlichen Textilarbeiterversammlung am letzten Montag erleben. Da feierte die rote ‚Bildung‘ und ‚Freiheit‘ wahre Triumphe. Diese Versammlung war bekanntlich gemeinsam einberufen worden vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Ortsgruppe Augsburg, und vom Gewerkschaftsverein der Textilarbeitervereine (S.-D.). Dieses gemeinsame Vorgehen der beiden Organisationen war allein schon Ursache, den Born des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes hervorzuheben und in den Fabriken konnte man verschiedentlich die Drohung hören, daß die Versammlung am Abend gesprengt werde. Diese Drohung schien verwirklicht werden zu wollen, denn vor Beginn der Veranstaltung rückten die Genossenschaftlinge mit ihrer Anhängerschaft an und besetzten die ganze vordere Saalhälfte. Aber auch die christliche Arbeiterkraft war dem Rufe ihrer Führer zahlreich gefolgt und hielt die andere Saalhälfte besetzt. Schon gleich nach Eröffnung der Versammlung stand das Ziel der Genossen klar vor Augen. Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär van der Meulen erbat sich zur Geschäftsordnung das Wort, und verlangte im Interesse seines Verbandes ‚Gerechtigkeit‘. Er forderte, daß sofort nach den beiden Referenten der Vertreter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes das Wort erhalten müsse. Um die ‚Gerechtigkeit‘ der Genossen recht zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß die Führer der christlichen Textilarbeiter in den Versammlungen des gegnerischen Verbandes den gemeinsten Beschimpfungen und sogar Drohungen ausgesetzt sind, wenn sie es nur wagen, das Wort zu ergreifen. Ist es doch voriges Jahr einmal vorgekommen, daß versucht wurde, Herrn Gewerkschaftssekretär Rothhörl vom Rednerpult herunterzureißen. Nichtsdestoweniger wurde dem ‚Gerechtigkeitseifer‘ der Genossen von der Meulen entsprochen und den sozialdemokratischen Rednern bei der Diskussion uneingeschränkte Redefreiheit zugesichert. Angesichts der Verhältnisse war diese Zusage notwendig, denn sonst hätten die Genossen wahrheitsgemäß schon von vornherein die Referate unmöglich gemacht. Mit Nachdruck muß hier konstatiert werden, daß sich die Ausführungen beider Referenten, Herrn Reichsleiter Geier und Gewerkschaftssekretär Schnitzler, auf sachlichem Boden bewegten. Kein einziges Wort der Polemik wurde gegen den sozialdemokratischen Deutschen Verband gerichtet. Mit einem Schlage änderte sich aber die Situation, als Gewerkschaftssekretär Nöthlich vom sozialdemokratischen Verband die Rednertribüne bestieg, selbstredend von den ‚Seinen‘ mit tosendem Beifallsgebrüll begrüßt. Zunächst nahm sich der Genosse die Resolution, die kurz zuvor vom Versammlungsleiter zur Verlesung gebracht und zur Annahme empfohlen worden war, zur Zielscheibe seiner öden und unfruchtbaren Kritik. Er hätte zwar eine ‚scharfe Zonart‘ lieber gewünscht, aber auch das Wenige, was sie enthalte, sei ziemlich — man höre und staune über das Zugeständnis — erfreulich! Na also! Im übrigen ist zu sagen, wenn Herr Nöthlich eine scharfere Zonart anschlagen will, so mag er das in seinen Versammlungen tun, die Christlichen machen eine Zonart, die ihnen paßt und die das Wohlgefallen der Genossen durchaus nicht zu finden braucht. Besonders schlecht ist Herr Nöthlich natürlich auf die ‚Neue Augsburg. Zeit.‘ zu sprechen, und zwar wegen eines Artikels über den roten Textilarbeiterverband, der gelegentlich der Textilarbeiterbewegung im Jahre 1911 erschienen ist. Was dieser Artikel mit der jetzigen Verklärung der Arbeitszeit zu tun hat, ist uns nicht recht verständlich. Offenbar wollte Herr Nöthlich nur sein Schimpfbedürfnis befriedigen; die ‚Seinen‘ standen ihm mit kräftigen Huftritten helfend zur Seite. Es sei ihnen verziehen. Anscheinend wußte Genosse Nöthlich, der die Versammlung mit Ausbietung seiner ganzen Lungenkraft bearbeitete, am Schlusse seiner Ausführungen nicht mehr, was er am Anfang gesagt hatte. Zuerst hatte er zugestanden, daß das Wenige, was die Resolution enthalte, ziemlich erfreulich sei. Später kam er wieder auf die Resolution zurück und donnerte sie in Grund und Boden hinein. Insbesondere bemängelte der Genosse, daß sie, nachdem die Erklärung der Süddeutschen Textilarbeitervereine erschienen sei, offene Türen einrenne. Es werde nur das gefordert, was man bestimmt erreichen werde. Das ist ja ein feines Zugeständnis. Die Genossen machen es den christlichen Führern zum Vorwurf, daß sie sich auf den Boden der Tatsachen stellen und nur das fordern, was auch zu erreichen ist. Die Genossen dagegen stellen aus reinem Agitationsbedürfnis möglichst hohe Forderungen, unbefürmert, ob diese erfüllt werden können oder nicht. Wo die Interessen der Arbeiter besser gewahrt werden, bedarf wohl keines besonderen Nachweises mehr. Von leeren Forderungen und hohen Phrasen kann die Arbeiterkraft leider nicht leben, sonst müßten die Rostgänger der Sozialdemokratie die zufriedenste Menschen sein.

Was Herr Nöthlich sonst noch an Krasssprüchen verzapfte, paßte zu der vorangehenden Blütenlese ganz vortrefflich. Dem „Hochmut des Unternehmertums“ will er einen Jügel anlegen, aber meint er, wenn man mit Blüten und Resolutionen komme, so könne das Unternehmertum vor der Arbeiterkraft keine Achtung haben. Dann wendet er sich als Richter zu den beiden Verbänden, welche die Versammlung einberufen hatten, und hält ihnen vor, daß sie den traurigen Mut haben, die Arbeiterkraft auseinander zu reißen. Besonders erbost ist Herr Nöthlich, daß die kleinste Textilarbeiterorganisation es wagen, zu der Frage der Arbeitszeitverkürzung Stellung zu nehmen. Anscheinend hat der sozialdemokratische Textilarbeiterverband erwartet, daß man seine Genehmigung hierzu einholt. Nach dem unerhörten Terrorismus, den die roten in den Fabriken und in ihren Versammlungen ausüben, insbesondere nach der brutalen Vergewaltigung in der heutigen Versammlung ist es wohl begreiflich, daß die beiden andern Organisationen so wenig als möglich mit dem roten Verband zusammengehen wollen. Wenn jemand einen Keil in die Arbeiterkraft treibt, so sind es einzig und allein die Sozialdemokraten mit ihrem brutalen Terrorismus, der jedem Freiheitsbegriff Hohn spricht. Mit solchen Elementen fällt ein Zusammenarbeiten sehr schwer, zumal die Sozialdemokraten in dem Bahn leben, sie allein seien die berechtigten Vertreter der Arbeiterkraft. Wenn sich andere auch und zwar wirksamer um die Arbeiterinteressen annehmen, dann kommen die Genossen mit dem Vorwurf, daß dadurch ein Keil in die Arbeiterkraft getrieben werde. Widerliche Heuchelei!

Eine hodenlose Dreifigkeit leistete der Genosse Nöthlich am Schlusse seiner Ausführungen, die in der Hauptsache nur aus öden Krasssprüchen und provokatorischen Angriffen gegen die anderen Textilarbeiterorganisationen bestanden. Er meinte, die vorgeschlagene Resolution konstatiere bloß Tatsachen, stehe aber nicht die Schlussfolgerung daraus. Es bestünde deshalb die Notwendigkeit, das Verfaßte nachzupolieren. Die eine Resolution könne man ja gekostet auch annehmen, sie sei wenigstens eine weiße Salbe, die den Schmerz lindere. Die sozialdemokratische Resolution wolle aber weiter gehen. Und mit diesen Worten zog Herr Nöthlich eine schon vorher bereitgehaltene Resolution aus der Tasche und brachte sie zur Verlesung und — Abstimmung! Nach diesem „Sieg“ hielt es Genosse Nöthlich auch noch für notwendig, das freie Denken, die freie Selbstentfaltung zu verherrlichen. Unter dem Beifallsjohlen seiner Anhänger schloß er:

„Wir halten uns nicht an Dogmen, die von Menschen gemacht sind, wir halten uns an die Vernunft, um mächtig, stark und frei zu werden.“

Es ist wahr: die Genossen sind mächtig, stark und frei, sogar sehr frei, wenigstens soweit ihre Zungenkraft in Frage kommt. Das zu beweisen müßten sie sich rechtlich ab wenige Minuten später, als Herr Nöthlich mit seiner herausfordernden Gekrede und mit seiner inhaltlosen, blamablen Resolution das Podium verließen hatte. Als der Versammlungsleiter, Gewerkschaftssekretär Rothhörl die Angriffe des Vorredners zurückweisen wollte, ging der Tanz los. Die Genossen tobten wie die Wilden und erst als Genosse Nöthlich die „Seinen“ ermahnte, „auch das noch zu ertragen, was jetzt noch kommt“, legte sich der Spektakel soweit, daß Kollege Nöthlich die Resolution zur Abstimmung bringen konnte. Die Genossen, die vorher schon für ihre Resolution gestimmt hatten, waren unschlüssig, was sie tun sollten. Da kommandierte Herr Nöthlich, derselbe Nöthlich, der wenige Augenblicke zuvor über das „vorgeschriebene Denken und Handeln“ gewettert und das freie Denken verherrlicht hatte, mit lauter Stimme: Niemand dagegen stimmen! Und so kam es, daß die von dem christlichen und S.-D. -Verband vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen wurde. Die folgenden Genossen hatten sich in einem Zeitraum von wenigen Minuten für zwei Resolutionen erklärt! Dieses Kunststück wird ihnen so leicht niemand nachmachen wollen. Die roten Herrschaften werden wohl nicht erwarten, daß Menschen mit „freiem Denken“ eine solche Komödie ernst nehmen. Was sie in dieser Versammlung getrieben haben, ist geradezu ein freventliches Spiel mit Arbeiterinteressen! Im übrigen erklärte der Versammlungsleiter unter stürmischer Heiterkeit der christlichen Arbeiter, daß die sozialdemokratische Resolution, die angeblich das Verfaßte nachholen sollte, bezüglich einer Entschädigung der Arbeiter für den Lohnausfall gar nichts enthalte, also wertlos sei! Herr Nöthlich befah sich zwar schleunigst sein Bestes, es war in der Tat so: die mit großen Sprüchen angekündigte Resolution enthielt über die wichtigste Frage, nämlich über die Höhe der Entschädigungen kein Wort. Wir könnten nun eigentlich Herrn Nöthlich seiner wohlverdienten Blamage überlassen, allein der Schluß der Versammlung ist für die Illustration des roten Freiheitsbegriffes so wertvoll, daß wir ihn noch in kurzen Umrissen zeichnen müssen. Gewerkschaftssekretär Jmmeler von den christlichen Gewerkschaften wollte auf die Ausführungen Nöthlichs zurückkommen. Das fehlte gerade noch, um den Born der Genossen aufs höchste zu steigern. Raum hatte Kollege Jmmeler zwei Sätze gesprochen, ging ein ohrenbetäubendes Spektakel los. Die Genossen brüllten, gröhnten, tobten und schrien durcheinander wie eine Horde Wilder. Eine Anzahl sprang mit geröteten Gesichtern zornbehebend von den Stühlen auf und suchte mit geballten Fäusten in der Luft herum. In dem tosen Lärm ging jedes Wort verloren, nur ab und zu hörte man aus dem Lärm den lautstarken, tollstühlerischen, runter mit ihm und gellende Pfiffe. Unter den Umständen war an die Weiterführung der Versammlung natürlich nicht mehr zu denken.

Die braven Genossen können auf ihre „Bildung“ und ihr „freies“ Denken wirklich stolz sein. Sie haben wieder einmal die Mäste geküßt und ihr wahres Gesicht einhüllt. Hochachtung vor den christlich nationalen Arbeitern, die vor dem roten Terrorismus nicht zurückweichen!

Bamberg. Eine rote Streikbrecherhege vor Gericht. Vor dem Schöffengerichte zu Bamberg sollte sich am 19. Dezember 1918 der örtliche Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, Trimborn, für eine Reihe von Beschimpfungen verantworten, die er sich in einem Flugblatt gegen Mitglieder unseres Verbandes geleistet hatte. Ein ganzes Aufgebot von sozialdemokratischen Beamten war zu der Verhandlung erschienen. Die Gesichter der Genossen glänzten voll Erwartung der Dinge. Doch ihr Freund Trimborn bereitete ihnen eine arge Enttäuschung. Anstatt die Beweise für seine Verleumdungen zu erbringen, ließ er sich auf Anregung des Gerichtsvorsitzenden auf einen Vergleich ein, in welchem er seine Behauptungen zurücknimmt und sich verpflichtet, sämtliche Kosten zu zahlen und das Urteil im „Textilarbeiter“ zu publizieren. — So enden die sozialdemokratischen Verleumdungen.

Borghorst. Der Arbeitermangel und seine Ursachen. Am Dienstag, den 16. Dezember, erschien im „Münsterischen Anzeiger“ folgende Notiz: „Borghorst, 14. Dezember. (Arbeitermangel.) Da hier die Baumwoll- und Leinenindustrie sehr flott geht, so

klagt man allgemein über Arbeitermangel. In den Webereien stehen insgesamt über 350 Stühle. Auch die Spinnereien suchen eine große Anzahl Arbeiter. Dieses hat seinen Grund, daß viele Arbeiter wegen der hohen Steuern von hier abwandern.“

Am nächsten Tage folgte im „Westfälischen Merkur“: „Borghorst, 16. Dezember. Da die Baumwollspinnereien und Leinenwebereien mit Aufträgen überfüllt sind, so macht sich hier der Arbeitermangel bemerkbar. Infolge der hohen Steuern sind in den letzten Jahren sehr viele Arbeiter ausgewandert, was auch heute noch geschieht. Welt über 100 Eigentümer wollen gerne verkaufen; über 60 Besichtigungen sind bereits dem öffentlichen Verkauf ausgesetzt. Man spricht zum Frühjahr noch von einer größeren Auswanderung. Fremde Arbeiter sind für viel Geld und gute Worte kaum zu haben. Die Gewerbetreibenden leiden hierunter sehr und infolge der hohen Steuerfäße doppelt.“

Die erste Notiz ist, soweit wir erfahren konnten, auch noch in anderen auswärtigen Zeitungen erschienen. Da der Inhalt der Notizen geeignet ist, auswärts eine falsche Meinung über die hiesigen Arbeiterverhältnisse aufkommen zu lassen, haben wir zunächst in der vorigen Nr. unserer Zeitung einen kleinen erklärenden Artikel erscheinen lassen. Indessen glaubten wir, es sei notwendig, auch am Orte selbst durch eine öffentliche Versammlung weiteren Kreisen Aufklärung über die hiesigen Arbeiterverhältnisse zu geben. Diese öffentliche Versammlung fand am Sonntag, den 21. Dez., statt. Kollege Camps, der die Verhältnisse hier am Orte und im übrigen Münsterlande aus langjähriger Erfahrung gut kennt, hatte das Referat übernommen. Nachdem er die beiden Lokalnotizen verlesen hatte, stellte er beantwortete er die Fragen? Was ist an den Notizen wahr? Was ist die wirkliche und die Hauptursache der in der Notiz ange deuteten Verhältnisse? An der Hand von Vorkommnissen, die sich in den letzten 13 Jahren zwischen der christlich organisierten Arbeiterkraft und den Herren Fabrikanten hier am Orte zugetragen haben, zeigte Kollege Camps die Quelle, aus der die öffentlich in der Presse beklagten Mißstände zum größten Teile entspringen. Kollege Camps kam zu dem Resultat, daß, wenn die Fabrikanten nicht bald eine andere Stellung gegenüber der Arbeiterkraft einnähmen, schließlich Verhältnisse sich herausbilden würden, die sowohl die Industrie als auch das Borghorster Gemeinwesen außerordentlich bitter empfinden müßten. Die Arbeiterkraft habe keinen Gefallen an dem Zank und Haber, aber von ihrem Rechte können sie nicht ablassen. Fabrikanten und Arbeiter gehörten zusammen. Beide hätten — trotz mancher Gegensätze — doch auch viele gemeinsame Interessen. Sollen aber andere Verhältnisse kommen, dann genüge nicht, wenn nur die Arbeiter die Untwilligen seien. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 21. Dezember im Saale des Herrn Dwerfeg besondert von Arbeitern der hiesigen Textilindustrie äußerst zahlreich besuchte öffentliche Versammlung hat von den Pressnotizen, die auf den Arbeitermangel und seine Ursachen Bezug nehmen, Kenntnis genommen.“

Die Versammlung ist der Ansicht, daß nicht die hohen Steuern allein die Ursache für den Arbeitermangel sind, sondern daß dieser in der Hauptsache in dem Verhalten der hiesigen Textilindustriellen ihren Arbeitern, — speziell den christlich organisierten — gegenüber zu suchen ist. Die Ablehnung auch der bescheidensten Arbeiterwünsche, die geringe Bewertung der Arbeiter seitens der Fabrikanten, die Nichtanerkennung der Arbeiterausschüsse (von einer Anerkennung der christlichen Organisation ganz zu schweigen), ferner Ausperrungen, Maßregelungen und Sperre sind alles Dinge, die nicht dazu beitragen, Arbeitsfreudigkeit und Berufsanhänglichkeit im Arbeiter zu wecken. Umsoweniger, als die Lebenshaltung der Arbeiter am Orte trotz der blühenden Industrie in den letzten Jahren eine schlechtere geworden ist.

Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß unter den ange deuteten Verhältnissen nicht allein die Arbeiter, sondern das ganze Erwerbsleben in Borghorst seit längerer Zeit leiden. Es ist durchaus bezweifelhaft, wenn die Textilarbeiter, soweit es möglich ist, bessere Arbeitsverhältnisse aussuchen. Die schlechtesten Arbeiter sind es allerdings nicht, die aus ihrem Beruf ausscheiden. Die Versammlung erachtet es daher als ihre Pflicht, Mittel und Wege anzugeben, die geeignet wären, wieder geordnete Zustände zu schaffen. Der beklagte Arbeitermangel und die Abwanderung tüchtiger Arbeiter aus der Textilindustrie wären zu beheben, wenn die Herren Fabrikanten:

- 1) sich mit dem Vorhandensein der gewerkschaftlichen Organisation abfinden, diese auch praktisch anerkennen und wenn sie wegen Zugehörigkeit zum Berufsverbande den Arbeitern keine Schwierigkeiten mehr machen und keine Maßregelungen mehr vornehmen wollten;
- 2) wenn die Unternehmer von einer Sperre der Arbeiter unter allen Umständen Abstand nehmen;
- 3) wenn sie in allen Betrieben von den Arbeitern gewählte Arbeiterausschüsse einführen und periodisch mit diesen eine Aussprache pflegen. Wenigstens müßten diese Ausschüsse nicht nur bei allen die Arbeiter interessierenden Fragen gehört, sondern es müßte regelrecht auf dem Boden der geschätzten Achtung und Anerkennung mit ihnen verhandelt werden;
- 4) die Lohnsätze in den einzelnen Betrieben müßten einer Revision unterzogen und in mehreren Punkten aufgebessert werden.“

Die Versammlung ist der Ansicht, daß, wenn in Zukunft die Herren Fabrikanten im Sinne dieser vier Punkte handeln, auch wieder bei der Arbeiterkraft mehr Arbeits- und Berufsfreude eintreten werden. Dann würde aber auch von selbst wieder mehr Nachwuchs an Textilarbeitern aus dem Orte selbst kommen und dadurch nicht allein dem Interesse der Industrie und der Arbeiterkraft, sondern auch dem sozialen Frieden und dem Allgemeinwohl gedient sein.

Delmenhorst. Eine vom Kartell der christlichen Gewerkschaften einberufene Versammlung fand am 7. Dezember statt, in der Kollege Böhmede-Hannover einen lehrreichen Vortrag hielt über die Aufgaben, die die Gegenwart an uns stellt. Redner zeigte den Zusammenhänge der Unternehmer in ihren Verbänden, er besprach die Schaffung des Kartells der schaffenden Stände und wies hin auf die Bestrebungen, die Arbeiterbewegung systematisch zu unterdrücken. In gut durchdachter Weise zeigte Kollege Böhmede die Abwehr dieser Bestrebungen durch die christlich-nationale Arbeiterkraft. Er kam auf den Berliner Kongreß zu sprechen und zeigte die Arbeiten desselben auf den verschiedensten Gebieten. Nach einer kurzen Diskussion, in der sich die Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten, sprach Kollege Böhmede noch ein kurzes Schlusswort. Manche Mitglieder werden es noch nachträglich bedauern, daß sie dieser schönen Versammlung ferngeblieben sind.

Delmenhorst. Eine Jugendabteilung. Unsere Ortsgruppe hat am 23. November eine Jugendabteilung ge-

Wahl. In der ersten Versammlung hielt der Ortsgruppenvorsitzende einen einkleitenden Vortrag über die Bedeutung der Jugendorganisation und über die Notwendigkeit, in den Kreisen der Jugend eine lebhaftere Agitation zu entfalten. Die Worte des Vorsitzenden sind nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen. Im Laufe der letzten Wochen sind durch die Jugendlichen schon mehrere Maßnahmen getätigt worden. Wir sind schon mit Recht stolz auf unsere Jugendgruppe. Arbeit so weiter, damit wir mit froher Zuversicht sagen können: Unser die Zukunft, weil unser die Jugend.

Göppingen. Ein interessantes Vorwissen. Es wurde feinerzeit auch in der Textilarbeiter-Zeitung berichtet, daß der Genosse Landtagsabgeordneter a. D. Kinkel wegen Verfehlungen als Krankenkassenkontrolleur von der Ortskrankenkasse entlassen werden mußte. Für die Moral in Genossenschaften ist es nun sehr bezeichnend, daß man diesen selbstigen Kinkel wieder auf den Schild erhoben hat. Bei der am 15. Dezember stattgefundenen Wahl zum Vorstand der Kasse wurde auch der Genosse Kinkel in den Vorstand gewählt. Der Mann macht Karriere, das muß man ihm lassen, erst muß er von der Kasse wegen Vergehen kündigungsgelöst entlassen werden und dann wählen ihn die Genossen in das Aufsichtsgremium der gleichen Kasse. Das steht doch wirklich einzigartig da. Genosse Kinkel wird nun als Vorstandsmitglied darüber wachen, daß die ihm unterstellten Krankenkassenkontrollen nicht die gleichen Verfehlungen sich zu schulden kommen lassen, die ihm selbst feinerzeit sein Amt gekostet haben.

Hirschwarth. Erfolge der Hausagitation. In unserer vorletzten Mitgliederversammlung wurde auf Anregung des Bezirksleiters der Beschluß gefaßt, eine systematische Hausagitation durchzuführen. Einige Kollegen aus Dingseld hatten sich bereit erklärt, dabei mitzuwirken. Nachdem eine allgemeine Flugblattverteilung vorhergegangen war, begann die Hausagitation am 7. Dezember. Unsere Dingselder hatten dabei die Führung übernommen. Leider war die zur Verfügung stehende Zeit zu kurz. Bei 20 Hausbesuchen hatten wir 10 Ausnahmen zu verzeichnen, einige weitere in Aussicht gestellt.

Im Anschluß an die Agitation erfolgte um 5 Uhr eine Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war. Nachdem zur Eröffnung ein gemeinsames Lied gesungen war, sprach Kollege Man-Dingseld über die Aufgaben und Erfolge der gewerkschaftlichen Organisation. In der anschließenden Diskussion ergänzte Kollege Grund-Dingseld die Ausführungen des Referenten in wirksamer Weise. Er ermahnte die Anwesenden besonders zu eifriger Arbeit für den Verband und zu lebendiger Solidarität untereinander. In seinem Schlußwort betonte der Kollege Man, es sei für einen jeden Gewerkschaftler eine Ehrenpflicht, gute Arbeit herzustellen. Aber ebenso sei es Pflicht eines jeden, dafür zu sorgen, daß die Arbeit auch gut bezahlt würde.

Nachdem noch einige gemeinsame Lieder gesungen waren, dankte der Vorsitzende den beiden Dingselder Kollegen in unserer Mitte begrüßen zu können.

Markredwitz. Unerlässlich ist der sozialdemokratische Sägenack. Das haben unsere Kollegen wieder einmal so recht gemerkt gelegentlich der Krankenkassenwahl bei der Firma Bentler. Seit Jahren war diese Krankenkasse mit wackelnden Genossen besetzt. So glaubten auch diesmal die Herren, ihrer Sache sicher zu sein. Bei dem Bestreben, eine Einigung der Arbeiter zustande zu bringen, wollten uns die Herren ganz vier von dreißig Vertretern ablassen. Und selbst damit glaubten die Herren in ihrem Größenwahn, sie schenken uns etwas. Der gesunde Menschenverstand erforderte nun, daß wir selbständig vorgehen müßten. Zuerst glaubte man im Genossenschaftsamt die Sache damit abtun zu können, daß man die „Freunde von dräßen“ ignorierte. Aber das Kind (die Liste 2) war nun geboren und damit mußten sich die Genossen abfinden. Daß es ihnen bei der Rotation auf eine Unwahrscheinlichkeit mehr oder weniger nicht ankommt, ist ja bekannt, aber daß man solche handgreifliche „Proben aus dem Zukunftsstaate“ zu bieten wagte, zeigt deutlich, wie sie die Wähler einschätzen. Am Samstag, den 13. Dezember, fand die Wahl statt. Resultat: Liste 1 (sozialdemokratische) 274 Stimmen 19 Vertreter, Liste 2 (christliche) 164 Stimmen 11 Vertreter.

So haben diejenigen, die sich als einzige berufene Arbeitervertreter aufspielten, bei dieser Wahl abgeknippt. Niemand hätte, auch nicht von uns, einen solchen Erfolg erwartet. Aufrichtig erfreut und mit neuer Zuversicht arbeiten alle auf positiv christlichem Boden stehenden Korporationen auch ferner zusammen gegen den roten Terror. Wenn die Genossen die Weiberer Bentler als ihre Hochburg prahlerisch bezeichnet haben, so dürfte diese Zeit bald um sein. Wir können es auch verstehen und den Wackeren von der Liste 1 nachsahen, wenn es in ihnen tobt und grollt; daß sie sich aber dabei höchstens wieder blamieren und nur neue großartige Dummheiten machen, — wer kann dafür?

Nur einen Wunsch hätten wir noch: nämlich, daß die Broschüren „Solinger Krankenkassenprozeß“, die einem unserer Kollegen während der Wahlagitation verschwinden gelassen (auf deutsch geflohen) wurden, damit sie derselbe nicht weiter unter die Unorganisierten verteilen konnte, wenigstens unter ihre Leute verteilt würden. Vielleicht würde dann ein noch nicht ganz verletzter Nachläufer sich über sozialdemokratische Verwaltungskunst und Arbeitervertretung ein eigenes Urteil zu bilden imstande sein.

Neuwerk. Mißstände im Betriebe der Firma Ziggeler und Cie., so lautete ein Punkt der Tagesordnung unserer am 14. Dezember im Lokale Römischer Kirchen stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung. Die Versammlung war überaus stark besucht. Eine Anzahl Mitglieder mußten mit einem Stehplatz fürlieb nehmen, trotzdem dieselben sich schon vor Eröffnung der Versammlung eingefunden hatten. Schon dieser zahlreiche Besuch durch unsere bei der Firma Ziggeler u. Cie. beschäftigten Mitglieder war ein Protest gegen das Verhalten von einigen Angestellten der Firma gegenüber der Arbeiterschaft. Besonders aber die Weberarbeiter können sich mit verschiedenen in der letzten Zeit von der Firma getroffenen Maßnahmen nicht einverstanden erklären. Infolge des schlechten Geschäftsganges hat die Firma in diesem Jahre ebenfalls schon zweimal eine Anzahl Weber entlassen. Um die Produktion noch weiter einzuschranken, wurde ferner in diesem Jahre ebenfalls schon zweimal eine Zeit lang an den Samstagen nicht gearbeitet. Gerade zu der Zeit, wo die Wahl zum Ausschusse der Fabrikkrankenkasse getätigt werden mußte, wurden von der Firma eine Anzahl Leute entlassen, aber schon kurze Zeit später entweder dieselben oder aber andere wieder eingestellt. Ferner wird von den Weibern besonders darüber lebhaft Klage geführt, daß gegenwärtig wo ohnehin infolge der ungünstigen Geschäftslage recht wenig verdient wird, mitunter Abzüge von Lohn erfolgen, die in keinem Verhältnis zum Verdienst und auch in keinem Verhältnis zu den angeblichen Warenpreisen stehen sollen. Mehrere Male soll es dann sogar

vorgekommen sein, daß ein Angestellter der Firma, der von Weibern höflich gefragt wurde, von welchen Stoffen die feineren Stücke wieder ausbebeuert worden seien, zur Antwort gegeben habe: Das geht sie gar nichts an. Durch eine solche Behandlung der Arbeiter von einigen Angestellten ist zu allem Ueberflusse in der letzten Zeit die Erregung unter der Arbeiterschaft nur noch unnötig gesteigert worden. Diese hier angeführten und noch mehrere andere Mißstände wurden in der Versammlung in durchaus sachlicher und leidenschaftsloser Weise besprochen. Besondere Anerkennung wurde den Arbeiterausschussmitgliedern gezollt, die in der letzten Zeit in nahezu jeder Woche mit den Firmeneinhabern wegen Unstimmigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und der Firma und einigen Angestellten andererseits verhandeln mußten. Von einem Redner wurde hervorgehoben, daß man auf diese Arbeiterausschussmitglieder, die niemals ohne ganz ruhige und kalte Überlegung an eine Aufgabe herangingen und die sich im Interesse der Arbeiter sowohl wie auch im Interesse der Firma noch immer mit Erfolg einem Realitätsmus in der Arbeiterschaft widersetzt, aber doch auch immer geschickt die Interessen der Arbeiter wahrgenommen hätten, wirklich stolz sein könnte. Aus den Äußerungen der Redner ging aber auch klar und deutlich hervor, daß man sich durch gar nichts wolle irre machen lassen und daß man auch fortan wie bisher treu zum Arbeiterausschusse aber auch treu zur gewerkschaftlichen Organisation stehen wolle. Allen Versuchen, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu schwächen, gleichviel von welcher Seite diese Versuche unternommen würden, müßte mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wie bisher so müßten auch in Zukunft 99 Prozent aller Arbeiter im Betriebe gewerkschaftlich organisiert bleiben. Von der sozialen Einsicht der Firma erwarte man aber ganz bestimmt, daß dieselbe die berechtigten Wünsche der Arbeiter möglichst bald erfüllen, damit dann auch wieder Ruhe und Frieden im Betriebe eintreten. Die Wünsche sollen durch den Arbeiterausschuss zusammen mit der Verbandsleitung formuliert und dann der Firma unterbreitet werden.

Aus dem Weßerlingertal (Ober-Elfaß). Das Ergebnis der am 14. Dezember stattgehabten Gewerbegerichtswahl in Thann ist geeignet, speziell die christlich organisierten Textilarbeiter von Moosch, Malmerz-pach und Umgebung mit berechtigtem Stolz zu erfüllen. Bis jetzt war nämlich das Gewerbegericht Thann nur von sozialdemokratischen Weitzern besetzt gewesen. Am letzten Sonntag nun ist diese rote Alleinerrschaft durch das wackere Eintreten der christlich organisierten Arbeiter hinweggefegt worden. 657 Stimmen erhielt die christliche Liste, während die sozialdemokratische Liste sich bloß auf 290 Stimmen aufschwimmen konnte. Eine Liste der politischen Fortschrittspartei erhielt 53, eine andere sogenannte „unabhängige“ Liste erhielt 41 Stimmen. Nach dem geltenden Mehrheitsprinzip erhielt die christliche Liste alle 6 Weitzende, worunter sich auch der Kollege Willien, der Vorsitzende der Ortsgruppe Moosch befindet. In Moosch stimmten von 228 eingetragenen Wählern 226 für die christliche Liste.

Unser Verband, der sich in der Gewerbegerichtsfrage für den Kreis Thann hervorragend bemühte und dem auch die Einberufung unserer Fabrikorte in den Geltungsbereich des Gewerbegerichts Thann größtenteils zu verdanken ist, kann mit diesem Erfolg wohl zufrieden sein.

Juristischer Briefkasten.

Alle Anfragen sind an die Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung zu richten. Die Antwort erfolgt in der Regel nach 14 Tagen.

Nach Bayern. Der Vermerk in den Strafregistern wird nur auf Antrag gelöscht. Der Antrag ist an den Justizminister zu richten. Die Löschung erfolgt aber nur, wenn der Verurteilte sich längere Zeit gut geführt hat. Das scheint hier aber noch nicht der Fall zu sein. Jedenfalls hätte man sonst den jungen Mann nicht erst voriges Jahr die schon 1910 verhängte Strafe verbüßen lassen. Dem Antrag auf Löschung der Strafen im Strafregister wird daher unseres Schachtens jetzt noch nicht stattgegeben werden. Wird er abgelehnt, so raten wir dem jungen Mann, ruhig beim Militär einzutreten und dann vielleicht im zweiten Dienstjahr den Antrag zu wiederholen. Hat er sich bis dahin gut geführt, so wird die Strafe dann sicher gelöscht. Die Militärbehörde wird an der Strafe dann auch keinen Anstoß nehmen.

Kollege A. G. in D. Derartige Kaufverträge sind bei unredlichen Geschäften stark im Schwunge und meistens recht raffiniert zu ungunsten des Käufers abgefaßt. Wir möchten daher vorerst nichts bestimmtes angeben. Sendet uns, wenn der Vertrag schriftlich getätigt ist, denselben einmal ein. Ist er nicht schriftlich abgeschlossen, so teile uns wenigstens den Wortlaut des Versprechens, deine Frau auszubilden, mit. Hat der Inhaber der liefernden Firma selbst oder ein Reisender oder Agent die Maschine verkauft?

Versammlungskalender.

- Beitrath. 18. Januar, 6 Uhr, im Rinsaal des Herrn Loers, Generalversammlung.
- Durbach. 11. Januar, 7 1/2 Uhr, im Hirschen, Generalversammlung.
- Egenrot. 4. Januar, 8 Uhr, im Hirschen, Generalversammlung.
- M. Gladbach-Eifen. 17. Januar, 8 Uhr, bei Christian Gies, Alststraße, Generalversammlung.
- M. Gladbach-Kürrip. 6. Januar, 8 Uhr, bei Peter Hüfner, Generalversammlung.
- Greiz (Vogtland). 11. Januar, 7 1/2 Uhr, im Gollas Lokal, Höhe Gasse, Jahreshauptversammlung.
- Solt. 10. Januar, 8 1/2 Uhr, bei David Areh, Generalversammlung.
- Langensteinbach. 10. Januar, 8 Uhr, im grünen Baum, Generalversammlung.
- Zuckersalze. 11. Januar, 4 Uhr, bei Otto Münich, große Generalversammlung.
- Waffenrot. 5. Januar, 7 1/2 Uhr, im Ochsen, Generalversammlung.
- Reichenbach. 3. Januar, 7 1/2 Uhr, in der Krone, Generalversammlung.
- Rhehdt. 25. Januar, 10 1/2 Uhr, in der Bürgergesellschaft (Bahnhofhotel), Generalversammlung.
- Schöllbrunn. 11. Januar, 7 1/2 Uhr, in der Krone, Generalversammlung.

Adressenänderung.

Die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Dören befindet sich ab 1. Januar 1914 Paradiesplatz 6. Fernsprecher 956. Mit kollegialem Gruß! S. Koch.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
August Schwacke in Emsdetten.
Jakob Kaatz in Krefeld.
Margareta Mayes in Mörs.
 Ehre ihrem Andenken!

Erklärung!

Unter der Ueberschrift „Christliche Kampfzettel“ veröffentlichte der Vorstand des „Deutschen“ Textilarbeiterverbandes in Nr. 51 seines Organs „Der Textilarbeiter“ folgende Notiz: „Der christliche Gewerkschaftssekretär Sparenberg geht in Sachen von Ort zu Ort haufieren mit der Behauptung: Im Vorstand des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes sitzen Leute, welche im Zuchthaus gefesselt haben.“ Diese Ehrabschneiderei zielt auf eine in einem politischen Prozeß erfolgte Verurteilung ab, welche unter dem fuchswürdigen Sozialistengesetz vor 27 Jahren erfolgte. Der der Verurteilung zugrundeliegende Vorgang spielte sich ab in einem wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften von den bürgerlichen Gerichten jener Zeit durchgeführten Verfahren. Herrn Sparenberg wird Gelegenheit geboten werden, sich vor Gericht zu verantworten.

Zu dieser Notiz möchte ich folgendes bemerken: Unwahr ist, daß ich von Ort zu Ort mit obiger Anschuldigung haufieren gegangen bin. Dafür hatte ich weder Lust noch Zeit. Wahr ist vielmehr, daß die Beamten der Genossen gelegentlich der Ausschuswahl in der Oberlausitz uns überall nachgefahren sind und uns mit der Subelbroschüre von Köhling und den darin enthaltenen unwahren Anschuldigungen bekämpften. Die Broschüren waren bekanntlich in der Höhe 250 000 Stück von der sozialdemokratischen Verbandsleitung zum Versuche der Vernichtung des christlichen Textilarbeiterverbandes gekauft und überall gratis verbreitet worden. In vielen Orten haben die Textilarbeitergenossen Versammlungen abgehalten mit dem Thema: Der Sumpf im christlichen Textilarbeiterverbande. Auch schrieben die sozialdemokratischen Zeitungen in Sachsen von einer „Korruption“ im christlichen Textilarbeiterverbande. In Baugen waren die Christlichen von den Genossen zur Versammlung eingeladen, trotzdem durfte ich auf unwahre Beschuldigungen nicht antworten, sondern ich wurde entgegen aller parlamentarischen Ordnung einfach mundtot gemacht. In den anderen Versammlungen, wo die Genossen uns nachgefahren waren, wurde der Versuch gemacht, durch Kadav, lärmende Unterbrechungen und das Hineinzerren von Parteipolitik einen guten Verlauf unmöglich zu machen. Hat doch selbst der Bürgermeister von Reutnitz, welcher in der letzten Versammlung anwesend war, den Genossen gesagt, sie sollten sich was schämen, sich so zu betragen, der Referent habe sie mit keinem Wort angegriffen, sondern ruhig und objektiv über die Bedeutung der Ausschuswahl gesprochen. Und auch von anderer Seite wurden die Genossen des öfteren zur Ruhe verwiesen. Und wie es in dieser Versammlung von den Genossen getrieben wurde, so war es überall. Haupt-sächlich hatte man es auf die christlichen Führer und beamteten Kollegen abgesehen. Was alles an Gehässigkeit und Verleumdung zusammengetragen wurde, spottet einfach jeder Beschreibung. Die Äußerungen meinerseits stützten sich nicht auf ein Urteil vor 27 Jahren, sondern auf ein Gerichtsurteil neueren Datums. Die gerichtlichen Akten werden die Richtigkeit meiner Behauptungen ergeben. S. Sparenberg.

Inhaltsverzeichnis.

Bekanntmachung. — Artikel: Ein Rückblick. — Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. — Pflichten und Rechte der Parteipartei. — Feuilleton: Kunststücke. — Allgemeine Rundschau: Das Ende einer Verleumdung. — Der Erzbischof von Köln für die christlichen Gewerkschaften. — Eine unerlässliche Voraussetzung. — Noch ein Urteil über den Deutschen Arbeiterkongress. — Friede im Krankenkassenstreik. — Der erste Delegiertentag der katholischen Arbeiterinnenvereine. — Ans der evangl. Arbeiterinnenbewegung. — Steinwerker im Glashaus. — Spulmaschinen. — Aus unserer Industrie: Etwas von deutscher und französischer Seide. — Verteuerung von Seidengarn. — Färbung der Messer in der Textilindustrie. — Agitation für die Erhöhung der Garnpreise. — Deftereitliche Garne in Deutschland. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Versicherung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Cuxen. — Aus unserer Bezirke: Agitation im badijschen Albale. — Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. — Bamberg. — Borsdorf. — Delmenhorst. — Göppingen. — Hirschwarth. — Markredwitz. — Neuwerk. — Aus dem Weßerlingertal. — Juristischer Briefkasten. — Versammlungskalender. — Adressenänderung. — Sterbe-Tafel. — Erklärung.